

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abohrenmentspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.50 M., bei Selbstabholung 1.40 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., für 1 Monat 1.50 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.). — Geldpol unter Kreuzband monatlich 1.50 M. — Postkonto unter Kreuzband monatlich 1.50 M. — Postkonto Nr. 68 477. Postkonto-Nr. 68 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher: 4596.

Inserate kosten die 7 geplante Seite oder deren Raum 40 Pf., bei Plakatvorrichtung 48 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Teuerungsaufschlag. Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Zeitauflage 4.— M. je jedes Laufend, bei Zeitauflage 7.50 M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die läufige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 Fernsprecher 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Ukraine in den Händen der Bolschewiki.

Die Schuld des wilhelminischen Deutschland.

Zwei außerordentlich wichtige Dokumente zum Kapitel der Schuld am Weltkrieg veröffentlichte nach einer Pariser Reduktion das vorliegende Journal des Debaïs. Es sind zwei Depeschen des seinerzeitigen österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin, Graf Säbeny-Marić an das Auswärtige Amt in Wien. Sie lauten:

Berlin, 25. Juli 1914. Hier herrscht allgemein die Überzeugung, daß Serben das Ultimatum zurückweisen wird und wie sonst mit der Belagerung und dem Beginn des Feldzuges antworten müssen. Wenn sich auch eine andere Macht ermuntern sollte, so können wir trotzdem den Feldzug nicht mehr verhindern. Man rät mir bringen, wir sollen zu handeln beginnen, um die Welt vor einer abgeschlossenen Tatsache zu stellen.

Stellung vertraulich. Nummer 307.

Berlin, 27. Juli 1914. Der deutsche Staatskreis hat mir unter Geheimhaltung mitgeteilt, daß an Exzellenz wahrscheinlich in kürzer Zeit ein englischer Vermittlungsvorschlag eintreffen wird. Die deutsche Regierung erklärte auf das bestimmt, daß sie an dieser Aktion überhaupt nicht teilnehmen wird, und protestiert dagegen, daß dieser Vermittlungsvorschlag bestmöglichst verhindert werden. Man teilt mir dies bloß deswegen mit, weil es die englische Regierung so wünscht.

Über die Bedeutung dieser beiden Zeugnisse braucht kein Wort mehr verloren zu werden. Sie reden eine Donnerrede. Die Rolle der Berliner Regierung als der Krieger zum Weltkrieg ist hier aufgedeckt. Und wenn deshalb auch die Schuld der Kriegstreiber in den Ententeländern nicht einfach verschwindet, wenn von höchster historischer Wahrheit aus betrachtet, die geschichtliche Erkenntnis nicht erschüttert werden kann, daß der Imperialismus in allen kapitalistischen Großstaaten den blutigen Zusammenstoß der Völker herbeigeführt hat, so steht doch daneben fest, daß der ehemaligen deutschen Regierung, der Sachwalterin des deutschen Imperialismus die Sonder schuld zufällt, der von allen aufgeschütteten Blutstoff zur Explosion gebracht zu haben.

Höchst bedauerlich ist, daß diese Dokumente durch die Entente aus Sicht neugierig werden müssen. Die neue deutsch-österreichische Regierung hätte der Sache der Völker der Zentralmächte einen Dienst erweisen können, wenn sie diese Telegramme, die sich doch in den Archiven der ehemaligen Donaumonarchie finden müssten, veröffentlicht hätte. Die rücksichtlose Anerkennung der besonderen Artenschuld der davongejagten Regierungen Wilhelm II. und Karl VII. würde die Völker der Entente schließlich erkennen lassen, daß sie einen deutschen Imperialismus nicht mehr zu fürchten haben.

Ob etwa die Regierung Scheidemann-Schiffer-Erberger Bedenken gegen die Veröffentlichung gehabt hat? Zugutzuon wäre ihr das — ich doch aus den deutschen Archiven bis jetzt — mehr als vier Monate nach der Revolution! — noch immer nichts veröffentlicht! Die Herren scheinen auf die reizende Wirkung der Wahrheit nicht zu trauen. Verständlich, da ihre ganze Reiterungspraxis mit der Wahrheit sehr wenig zu tun hat. Das deutsche Volk aber ist der Zeitzugenden.

Von 150 auf einen!

In der Amispresso Lichtenbergs veröffentlicht der vorliegende Polizeipräsident, Freiherr v. Salmuth, einen Nachruf für die in den Kämpfen gefallenen Beamten seines Ministeriums. Es ist die denkwürdigste Kennzeichnung des unerhörten Schwindels, der mit den Lichtenberger Grauselgeschichten von amtlicher Seite — dies besonders zu beachten! — getrieben worden ist. Der Herr Polizeipräsident bezeugt durch diese Veröffentlichung, daß nicht 150, nicht 80 und auch nicht 60 Polizeibeamte in Lichtenberg ermordet wurden, wie aus den amtlichen Quellen in die blutige und rechtssozialistische Presse geschwemmt wurde, sondern daß in den Kämpfen zwei Beamte ums Leben gekommen sind. Davon ist einer zweifellos ohne nach den Angaben des Polizeipräsidenten selber im offenen Kampf gefallen. Nur von einem noch wird behauptet, daß er als Gefangen „tuchlos erschossen“ worden sei. Auf welche Grundlagen sich diese Angabe stützt, geht aus dem Nachruf des Polizeipräsidenten nicht hervor. Es ist also möglich, daß diese Behauptung geradezu begründet ist, wie die seinerzeitigen amtlichen Schauermärchen von 60, 80 oder gar 150 getöteten Beamten.

Nie ist eine amtliche Lüge jämmerlicher zusammengebrochen als diese. Nie hat aber auch eine amtliche Lüge schlimmeres Unheil angerichtet. Denn auf diese Grauselüge hat ja Noch seinen Erfolgsheimschlag gestellt, der wahrscheinlich soviel unschuldige Opfer gefordert hat, als jene Schwindelgeschichten fälschlich dem Lichtenberger Polizeikorps angedichtet.

Immer noch neue Mordeaten.

Der Vorwärts, das Berliner Roteorgan, selber ist jetzt gezwungen — die empörenden Tatsachen reden zu laut, die Schlägerung in der Berliner Arbeiterchaft steigt zu hoch, daß er um seiner selbst willen nicht mehr schwelen darf — neue Mordeaten der Revolutionstruppen festzustellen. So teilt er jetzt mit, daß am Donnerstag vorher Woche drei 19-jährige Arbeiter, die sich auf dem Wege zur Arbeitsstelle befanden, von einem Posten festgehalten und zum Nachschlag gebracht worden. Dort erschossen sie Ausweise und als sie nun nach Hause gingen, wurden sie abermals von einem Posten festgenommen, der ihnen erklärte, sie seien von einem guten Freund bestimmt worden. Er brachte sie nach dem Centralbahnhof und sperrte sie in ein Polos, worin zwei Tote lagen, die wenige Minuten zuvor einen tödlichen Angriff auf einen Soldaten eröffneten sein sollen. Die drei sind durch einen Posten durch das Fenster des Polos geschossen worden. Zwei sind den Wunden erlegen. Die ersten Schüsse waren nicht tödlich, als aber einer der Angeschossenen den Posten um Hilfe anslochte, gab dieser nochmals mit den Worten: „Was, ihr Hundeseid noch nicht tot?“ noch einige tödliche Schüsse ab. Der dritte, namens Paul Görke, entzog diesem Schicksal, weil er sich tot stellte. Er liegt jetzt im Krankenhaus Friedrichshain. Der Vater eines der Ermordeten, der auf dem Nachschlag nach den Morden seines Sohnes forschte, erhielt dort von einem Offizierstellvertreter eine Ohrfeige, weil er auf die Erklärung eines Offiziers: „Die drei waren Verbrecher“ reagierte. „Mein Sohn war kein Verbrecher!“ Daß der Mörder geschaf sei, kam der Vorwärts nicht melben, wohl aber, daß die Angehörigen des erschossenen Bleibermann, die am Freitag auf dem Bieckhof die Feststellung des Mörders zu erreichen suchten, den Eindruck gewonnen, daß ihre Bemühungen vergebens sein würden.

Der Vorwärts muß ferner den von uns schon gemelbten Fall bestätigen, daß in der Andreastraße Vater und Sohn erschossen worden sind, weil sie Handgranaten stecke bei sich trugen. Der Vater, Paul Dönschel, war Mitglied der rechtssozialistischen Partei.

Beischwätzungen.

In den Politisch-Parlamentarischen Nachrichten lädt die Regierung jetzt verbindlich, daß die Verlebungen des Schlesierlasses gerichtlich geahndet werden sollen. Bekanntlich habe der Reichspräsident infolge der Berichte über die Matrosenverschleppungen in der Französischen Straße den Reichswehrminister sofort aufgefordert, diese Vorzüge umgehend aufzulären zu lassen. Darauf sei die ordentliche Untersuchung dieser Vorzüge eingeleitet worden. Ebenso würden alle anderen Vorzüge, Nebenfälle usw., auf das Strengste geprüft werden und gerichtliche Ahnungen finden. Und schließlich wird versichert, daß alle Vorlebungen getroffen seien, „um etwaige Wiederholungen unsachgemäßer Durchführung der Dienstbefehle unter allen Umständen zu verhindern“.

Was diese Versicherungen wert sind, ergibt sich schon aus dem Umstand, daß hier wiederum wie im Falle Siebold und Buxenburg die berüchtigte Militärjustiz die Auflösung besorgen soll. Und wie sehr die Regierung ihre Vorzüge in der Hand hat, das zeigen die bisherigen Vorzüge so deutlich, daß wir darüber kein Wort zu verlieren brauchen. In der preußischen Nationalversammlung aber haben die Herren Rechtssozialisten im Bund mit den Bürgerlichen die Debatte über die Bluttaten, die unter Genossen erwungen hatten, gestern mit der Ablehnung des Antrages auf Auflösung des Belagerungszustandes glorreiche beendet. Ebenso haben sie einen Antrag unserer Genossen auf Einsetzung einer Untersuchungskommission mit weitgehenden Befugnissen abgelehnt und dafür einen verlässlichen Abfall des Antrags beschlossen, der eine Kommission einsetzt, die mangels der nötigen Befugnisse der Ermittlung der Wahrheit nicht dienen kann. Sie haben eben die volle Aufdeckung der Geschehnisse nur zu sehr zu fürchten!

Noch ein Schwindel!

Genosse Eichhorn hat von Braunschweig aus dem Berliner Tageblatt mitgeteilt, daß die Meldung, nach der er neben Hauptmann von Beersfeld die Führung eines Abschnitts der Spartakusfront in der Frankfurter Allee gehabt habe, blanke Unwahrheit sei. Er habe seit Wochen Braunschweig nicht verlassen.

Die Schwindelmeldung kamme aus den berüchtigten Volksparl. Nachrichten des Herrn Hofrichter.

Berlin ist ruhig — — !

M. O. Der Schleier ist zerrissen. Unheimlich gähnt der Himmel, vor dem das deutsche Proletariat steht. Mit Entzücken hört es in die schwindelnde Tiefe.

Der 9. November, welcher den endgültigen Sturz des alten Regimes brachte, war zu billig. Tausendfach ist während der Berliner Schreckenszeit dem Proletariat die blutige Zahre eingesäuert worden, daß der Sieg nicht anders zu erkämpfen ist, als unter Opfern, schweren Opfern und — nur durch die plannmäßige, zielbewußte, organisierte Massenaktion.

Die kampfhaften Zugungen, unter denen Berlin erhebt, sind vorüber. Berlin ist ruhig; Berlin ist befreit. Die Zahre der Geschichte sind verstummt. Die grauenhaften Rächen der Minenwerfer haben ihre schwere Arbeit getan — sehr zur Verachtung eines hohen, anständigen Bürgertums. Und die „Reiter Berlins“ durchstreifen im Hochgefühl erfüllten Pflichtbewußtseins die Straßen. Jemandwo, jemandwo, während Polizeipräfekturen, in dunklen Höfen, vor den Kasernenmauern, haben sie die Spuren ihrer Wissensamkeit en masse ausgeschafft: Hunderte der standrechtlich erschossenen. Etwas leuchtet aus den Augen der Offiziere. Die im Felde eingesetzte Scharte ist ausgeweitet — — .

Das Geschehne schreit zum Himmel. Die Sonne hat es gesehen, daß in diesen Tagen die Gassen Berlins schmiedeinfach verrotes Blut getrunken haben. Sie hat es gesehen, wie mehrere Menschen, sittsam um Gnade und Erbarmen flehend, unter tosendem Geschüter niedergemacht, wie Dutzende, zu Andenken zusammengesetzter, waffenloser Matrosen in einer Hosecke durch minutenlangen Schnellfeuer meuchlings gemordet wurden. Das Blut erklart in den Nieren, wenn man hört, wie ein bei der Haushaltung vorausfundenes Mittledsbuch der U. S. P., ein Werk über die französische Revolution entliefen, den Familienwasser aus der Wohnung zu schleppen und auf dem Soße vor den Augen der eigenen Frau und Tochter zu erschlagen. Kriegsimmaliden, Einbeinige und Einarmige werben an die Wand geklebt und niedergeworfen. Einsiehen, Schmach, Schande, das sind die Gefühle, die angesichts der namenlosen Greuel entmenschter Kreaturen die Brust durchdringen und die Füße zittern machen.

Sie sind nunmehr geworden. Sie beteilen nicht mehr in bebender Zornesangst um Erdbeben, sie liegen ihre Hände nicht mehr an, an Frau und Kinder zu denken. Sie fliegen sie an!

Noch hat sich die Erde nicht über ihre Leiber geschlossen, noch tragen die Angehörigen ratlos und dem Herrn nahe herum, und schon strömen ihre blutigen Schatten heraus. Kein die erbärmliche Heldenarbeit der Revolutionstruppen verherrlichender Vorwärtsartikel wird sie beschönigen können. Sie fragen an: die, welche Ihnen den heißen Tod in Brust und Schädel jagten und lene, die sie fast berechnend morben ließen.

Nie hat Berlin ein ähnliches Gemetzel gesehen. Dies blieb der „Sozialistischen“ Regierung vorbehalten. Rott und grausam bleibt sie dem Bürgertum die Hand, um sich und den vollen Zusammenbruch ihrer Politik vor der Geschichte zu rehabilitieren. Die Straßen von proletarierblut sind sie ihren heilsamen Sturz zu entrinnen. Dieses Mittel ist ihr dazu recht: von der geschickt abgeknoten, diplomatisch füge der mehrheitssozialistischen Bleibermann bis zur skrupellosen Aufspaltung der niederen Instanzen durch Massenwohnmassen entmenschter Truppen. Eine Linie heißt die andro. Die seile Tironenwälle, allen voran der „unentwegte“ Vorwärts, blicken hysterisch Beifall. Inmitten des Blutsbades Jubel, Verzückung, Lautsal, Blutschau, Siegesheite, siebige Vogromstimmung.

Hell dir im Siegerkreis! Die Meimentlopellen marschieren an der Spitze der Rotkäppchen durch die Straßen. Der anständige Bürger nimmt auf. Seine Sache steht gut. Geht beruhigt in sein Bureau. Die Rebellen sind tot. Hell, Rose, dir, im Siegerkring — !

Noch sind nicht alle Mörze vorbei. Die Toten reißen schnell — — . Tausende von Menschen sind erschlagen worden, doch der Geist lebt. Der Geist der Revolution ist wach, liegt auf der Erde. Das Proletariat will, was Ungeheuerliches sich vorbereitet. Hunderttausende haben ihm die Gewissheit eingeschworen, daß die Bourgeoisie bereit ist, es vor die Zahre seiner Geschichte zu spannen, um in einer zweiten Junischlacht, einem zweiten Kommunenmord seine Herrschaft zu etablieren. Es weiß, daß das Bürgertum drauf und dran ist, nach bewährten Rezepten ein blutiges Exempel zu statuieren. Es spürt den Hauch der Hohenzollern, eines Lubendorff.

Die große, wohlvorbereitete, bis ins kleinste ausgearbeitete Offensive der Reaktion ist im Gange. Vorerst in der Einigung, will sie in keinem Fall auf die schein auslasterten Großkampftage verzichten. Sie weiß, daß das Proletariat nach den ersten Gründungsversuchen nur im brudermörderischen Kampf geschlagen werden kann. Sie weiß, daß nach der Wiederaufrichtung ihrer Gewalttherrschaft nur

Die schärfste Versöhnung aller revolutionären Elemente die sozialistische „Gesahr“ fürst erste baut.

Der Anfang ist gemacht. Provokation häuft sich auf Provokation, unterstellt von einer ununterbrochenen Reihe schüchtenen Vertrags der mehrheitssozialistischen Volkspolitiker. Der gefestigte Macht-Proletariat liegt am Boden, schreit, schreien, aus tausend Wunden blutend. Der Abgrund gähnt, die Reaktion wartet auf den günstigen Augenblick, ihn hinzustoßen.

Sie werden sich gründlich täuschen.

Es ist die Tragik der modernen Arbeiterbewegung, daß sie sich jede Erfahrung tener im eigenen Blute erlauen muß. Ihr Volksgeschwore ist mit Dornen besetzt. Aber aus jeder Niederlage neue Kräfte schöpfend, muß das Proletariat den Sieg davontragen, wenn es die jeweilige Situation zu seines versteht. Die Reaktion hebt drohend den Arm, es gilt, den Schlag zu parieren und wirkungslos zu machen.

Das reaktionäre Bürgertum will den blutigen Strafkampf provozieren, will bis an die Andere im Blute waten. Die Bourgeoisie ist nicht besonders partizipierend in der Wahl ihrer Mittel, wenn es sich darum handelt, ihre Macht zu festigen, der jungen Regierung den Todestisch zu versetzen, dem Proletariat die Gurgel abzuschütteln. Die unmittelbar bevorstehenden Ereignisse sollen im Feuer schwerer Minen und Maschinengewehre stehen.

Aber schließlich muß das Proletariat dabei sein, wenn es nach dem Willen erbrennungsloser Machtspieler abschließt werden soll. Letztes Ende wird das eigene Verantwortungsgefühl es davon abhalten, sich in Dinge einzulassen, bei denen es an Ruh und Fronnen des Bürgertums seine eigene Haut zu Markt tritt. Es wird durch die Dispositionen der Regierung im Berliner Ebenhotel einen harten Strich machen.

Der Parteitag hat in durchaus richtiger Einschätzung der Situation planlose Gewalttätigkeiten abgelehnt. Weder die Berliner Strafkämpfe im Januar noch die Blutwoche im März sind von der U. S. P. gebilligt worden. Sie waren von vorhernein zum Scheitern verurteilt, ganz ebenso, wie in Zukunft vergleichbare Operationen nicht den erwünschten Erfolg bringen können. Wieder empfangen wir die blutige Lehre:

Der Erfolg liegt im einheitlichen Zusammenschluß des Proletariats, in der organisierten, planmäßig vorbereiteten, zielbewußten Massenaktion.

Mit Trauer im Herzen werden wir die Gefallenen und Geopfereten zu Grabe tragen müssen. Viel junges, wagemutiges, kämpfendes Blut ist durch Verrat geslossen. Wir wissen es: Die Wunden werden nie vernarben. Was Lissagaray von den Besiegten der Komune sagt, gilt gleichermaßen von den Gefallenen der Berliner Blutwoche: Sie sind begraben in dem großen Herzen der Arbeiterklasse.

Wir aber, die wir durch das Entsetzliche hindurch mußten, ergriffen die den letzten Händen entkommene Fahne und entrollen das Banner, auf dem geschrieben steht:

Wir kämpfen für die Menschheit!

Matrosen und Schiffsabkommen.

Die Berichterstattung des Wolffischen Büros und der örtlichen Presse über die Bewegung der Hamburger und Bremer Seelen, bzw. des Seemannsbundes gegen das Schiffsabkommen, ist wieder einmal ein Musterbeispiel der Entstellung, die die Organe der Reaktion und der bürgerlichen Parteien, die Rechtssozialisten eingeschlossen, für ihre Hebe gegen die linksstehende Arbeiterschaft unbedenklich anzuwenden pflegen. Es ist nur keine Hebe davon, wie wir an Hamburger Quelle direkt erfahren, daß die im Seemannsbund organisierten Seelen, die allerdings die Mehrheit der organisierten Matrosen umfassen, daran dachten, das Auslaufen der Schiffe mit Gewalt zu verhindern. Der Beschluss der betreffenden Versammlung stellt lediglich einen Protest dar und einen leichten Versuch, die Regierung zu veranlassen, bei der Entente an Aenderung des Schiffsabkommen in einem für die deutschen Seelen günstigeren Sinne zu dringen. Maßstabsweise besteht unter den Seelen großer Erbitterung darüber, daß sie durch dieses Abkommen wahrscheinlich auf Jahre hinaus zur Arbeitslosigkeit verurteilt sind. Die Erbitterung wird gesteigert durch die Tatsache, daß die Meeder vor kurzem ein Geschenk von drei Milliarden aus Reichsmitteln erhalten haben.

Aus Hamburg wird uns mitgeteilt, daß eine heutige Versammlung des Seemannsbundes ausdrücklich beschlossen hat, daß ein gewaltsames Verhindern des Auslaufens der Schiffe nicht in Frage komme, daß der Beschluss vom Mittwoch lediglich den Charakter eines Protestes habe. Die Schiffe fahren auf alle Fälle aus. Sicherheit werden könnte die Situation nur durch das unkluge Vorgehen der Regierung, die, anstatt beruhigend zu wirken, die Entscheidung von mehreren bewaffneten Torpedobooten nach Hamburg angekündigt hat. Das ist eine ganz ungerechtfertigte Provokation der Seelen, die bei der Erbitterung, die unter ihnen herrscht, zu unabsehbaren Folgen führen kann. Es ist dringend zu fordern, daß die Regierung diese ganz unndige und ungünstige Maßregel sofort rückgängig macht.

Die heutigen neueren Meldungen sind die folgenden: Sie sind zum Teil durch unsere obigen Informationen als unrecht und übertrieben gekennzeichnet, müssen aber zum Verständnis der Situation verzeichnet werden:

Hamburg, 20. März. Wegen den gestrigen Beschlusses des Deutschen Seemannsbundes, wonach die Seelen aller Grade den Dienst auf deutschen Schiffen verweigern, erklärten der Verband Deutscher Seeschiffervereine, der Verein Deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine, der Verband deutscher Schiffingenieure und der Verband technischer Schiffsoffiziere, seit davon überzeugt zu sein, daß die Kapitäne und Schiffsoffiziere jederzeit bereit sind, im Interesse der gesicherten Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes unsre Schiffe im Sinne des Brüsseler Abkommen zu besetzen.

Berlin, 20. März. (W. L. B.) Die Versammlung des Seemannsbundes in Hamburg war auch von vielen Nicht-Seelen besucht. Viele Mitglieder des Seemannsbundes sind zur Ausfahrt bereit. Heutige nochmalige Verhandlungen mit dem Seemannsbund durch Regierungsrat Seydel, auf der Basis des mit den Transportarbeitern getroffenen Abkommens, welches letztere arbeitswillig sind, schweden.

In Bremen haben sind die Bemanungen der Schiffe ausfahrbereit.

Die heutigen Verhandlungen laufen auf eine Vermittlung hinaus. Die Führer des Seemannsbundes schlagen vor: 1. Die Seelen verzichten, auf Schiffen zu bleiben, auf denen Truppen transportiert werden; 2. die Entente soll sich verpflichten, auf reinen Großschiffen 50 Prozent der deutschen Besatzung zu belassen. Es

ist zwecklos, ob die Entente sich auf diesen Vorschlag stellt, ebenso, ob die Versammlung des Seemannsbundes diese Vorschläge ihrer Führung annimmt. Es kann also leicht das ganze Schiffsahrt- und Lebensmittelabkommen in die Weite gehen, wenn sich eine einzelne Arbeiterkategorie weiterhin anmaßt, die Interessen der ganzen Bevölkerung aus einseitiger Interessenpolitik heraus zu beeinflussen.

Berlin, 20. März. Ein Privattelegramm der Wolffischen Zeitung meldet aus Hamburg: Es haben sich nunmehr genügend Seelen bereit finden lassen, sich auf den Schiffen der Dampf ankommen zu lassen, so daß zwei Dampfer der ersten Klasse vollbesetzt sind. Es sind die Dampfer *Patricia* und *Cleveland*. Die Schiffe sollen um 4 Uhr nachmittags den Hamburger Hafen verlassen. Es ist aber noch ungewiß, ob die Mannschaften in den französischen Häfen von der Entente von den deutschen Schiffen heruntergenommen und zurückgeschickt werden; die Mannschaften sind jedenfalls auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht worden.

Hamburg, 20. März. Am Nachmittag an die am Mittwoch abgehaltene Versammlung des Deutschen Seemannsbundes sandt heute auf dem Anmarsch eine Zusammensetzung der für die Schiffe der Hamburg-Amerika-Linie angemusterten und auf diesen bereits diensttuenden Seelen statt, in der beschlossen wurde, nach Möglichkeit an der vom Seemannsbund für Freitag einberufenen Versammlung, zu der ich Vertreter der Meister und Knechte sowie die Beamten und Angestellten der Seelen bereit waren, wenn unverantwortliche Elemente die Lebendmittelschiffe mit Gewalt am Auslaufen verhindern wollten.

Berlin, 20. März. In einer Versammlung wenden sich die sozialdemokratische Partei, das Gewerkschaftsbüro, die Kommandantur und der Soldatenrat von Groß-Hamburg an die Seelen, die der ungeheure Verantwortung für die Ernährung des ganzen Volkes bewußt zu sein und die Schiffe herauzaubringen. Alle Sicherheitsmannschaften und Truppen Groß-Hamburgs ständen zum Schutze der Seelen bereit, wenn unverantwortliche Elemente die Lebendmittelschiffe mit Gewalt am Auslaufen verhindern wollten.

Berlin, 21. März. Nach Mitteilung des Seemannsbundes ist die Reichsregierung durch Vermittlung einer amtlichen Stelle drahtlos ersucht worden, bei der Entente nochmals in der Verhandlungsfrage vorstellig zu werden und wenigstens zu erreichen, daß ein Teil der Besatzungen an Bord bleiben würde.

Bremen, 20. März. In einer heute vom Seemannsbund einberufenen Versammlung von Bremer Seelen aller Chargen wurde beschlossen, die Schiffe auf keinen Fall an England auszuliefern und sie nur ausfahren zu lassen, wenn die Besatzung die Zusicherung bekomme, daß sie an Bord verbleibe.

Kommunale Sozialisierung?

Berlin, 20. März. Das Kabinett hat in seiner Sitzung vom 19. März beschlossen, das Reichswirtschaftsamt mit der schleunigen Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zu beauftragen, der die Sozialisierung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, sowie der Straßenbahnen herbeiführen soll. Dieser Beschluß trifft sich in seinen Absichten mit dem Gesetzentwurf über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, den die Sozialisierungskommission ausgearbeitet hat. Die von ihr dort aufgesetzten Wirtschaftszweige, insbesondere die Erzeugung von Nahrungsmittele (Brotverarbeitung), Herstellung von Kleinwohnungen, gewerbliche Stellenvermittlung und Kommunalisierung der Apotheken, müssen nach dem Sinne der Regierung den Kommunen und Kommunalverbänden die Möglichkeit geben, auch ihrerseits den Sozialisierungsideen für die Gemeinde nutzbar zu machen, um so von der politischen zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung großen Stils zu kommen.

Abbruch der Verhandlungen in Polen.

Berlin, 19. März. Die Verhandlungen der Unterkommissionen der deutschen Waffenstillstandscommission mit der interalliierten Commission zur Festlegung der Ausführungsbestimmungen für die militärische Demarkationslinie sind heute sehr in Polen abgebrochen worden.

Es war für den Augenblick nicht möglich, zu einer Einigung zu gelangen, namentlich über die sogenannte paritätische Oberkommission. Diese soll als Beschwerdeinstanz dienen für die Paritätskommissionen. Dieser letzteren war zur Aufgabe gestellt, eine vollkommen paritätische Behandlung der Deutschen und Polen beiderseits der Demarkationslinie ohne Unterschied der Nationalität in Bezug auf Schuh des Lebens, der persönlichen Freiheit, des Eigentums und der Ausübung des Berufs oder der öffentlichen Rechte zu garantieren.

Die paritätische Oberkommission sollte sich nach dem deutschen Vorschlag zusammensehen aus je einem von der preußischen Regierung und der internationalen Commission ernannten Mitglied sowie einem neutralen Vorsitzenden, welcher entweder vom Bundespräsidenten der Schweiz oder dem Papst ernannt werden sollte. Die Alliierten hatten demgegenüber eine andre Zusammensetzung empfohlen, nämlich: einen Alliierten, einen Deutschen, einen Polen und an welch noch zu kooperierende Mitglieder, so daß unter allen Umständen die Alliierten die Mehrheit gehabt hätten. Als endgültiger Vorschlag blieb dann von beiden Seiten bestehen: auf der deutschen Seite der Plan, den Vorsitzenden durch den Papst ernennen zu lassen; auf der Ententeseite die Wahl des Vorsitzenden der internationalen permanenten Waffenstillstandscommission in Spa zu übertragen. Die deutsche Regierung sah die Interessen der Deutschen bei einem zahlenmäßigen Überwiegen der Entente nicht gefährdet, während die interalliierte Commission wiederum durch keinen Neutralen und auch durch den Papst nicht den Vorsitzenden ausgewählt wissen wollte.

Von deutscher Seite ist nichts unversucht geblieben, um namentlich den Vorschlag des von pädagogischer Seite aus zu wählenden Vorsitzenden in besonders einbringlicher Form den Polen nahe zu bringen zu lassen, worauf aber aus formalen Gründen der Vorsitzende der interalliierten Commission, Vorschafter Moullens, nicht eingehen zu können glaubte und die Verhandlungen abbrach.

Der Abbruch der Verhandlungen ist für die deutschen Interessen kein Verlust, da auch die von der Entente gemachten militärischen Vorschläge den deutschen Ansprüchen nicht genügen.

Rußlands Krieg gegen den Imperialismus.

Vormarsch der Bolschewiki.

London, 19. März. Das Meistersche Bureau erzählt, daß nach amtlichen Berichten, die in London eingetroffen sind, die Lage in Odessa kritisch ist. Die Nachricht, daß die Stadt tatsächlich von den Alliierten geräumt sei, ist bisher weder bestätigt, noch dementiert worden.

London, 20. März. Menter erzählt, daß heute früh in London noch kein amtlicher Bericht von der Rücknahme Odessas vorliegt. Es wurde mitgeteilt, daß die Bolschewisten Cherson und Nikolajewsk erst nach schweren Kämpfen mit den französischen Truppen besiegt, die die Städte schließlich aufgeben mußten und nach Odessa gebracht wurden. Die zurückgelassenen deutschen Besatzungen leisteten anscheinend keinen Widerstand.

Die ganze Ukraine ist nunmehr in den Händen der Bolschewiki.

Deutschland.

Wie es die Regierungstruppen treiben.

Zu diesem umfangreichen Kapitel liefert noch einen Beitrag ein Brief eines Soldaten, der über Vorlauftreue beim Pionier-Bataillon in Halle bei Osnabrück an seine Verwandten folgendes berichtet:

"Vor acht Tagen hatten wir Tanz; wir waren erst um 4 Uhr nach Hause. Um 8 Uhr wurden wir sehr unruhig durch eine bis die Höhe bewaffnete regierungstreue Truppe geweckt. Wir wurden schlimmer als wilde Tiere behandelt; ich habe jetzt noch einen blauen Fleck als Erinnerung daran. Am Samstag haben wir nur noch, was sehr auf dem Leibe trug. Das andre hat die Männerbande alles mitgenommen. Ich hatte am Sonnabend vorher meine neuen Zivilkleidung, die ich mir aus Stiefeln habe machen lassen bekommen. Ich bin sie bei dieser Gelegenheit losgeworden sonst mein Mantel, meiner ganzen Wäsche. So war das Brot, überhaupt alles, was wir hatten, haben die Ordnungskräfte mitnehmen lassen. Gegenwart war unmöglich; vor jedem Bett standen drei bis vier Mann und hielten uns die Revolver und Gewehre vor die Brust. Machte ich auch nur eine verdächtige Bewegung, so sauste schon ein Kolben auf mich nieder. Auf einen Kameraden, der auswich, wurde wie toll geschossen; zum Glück hat ihn keine Kugel getroffen. Die Sache war sorgfältig vorbereitet; außerhalb Haltes hatten die Reiterungssoldaten sogar Minenwälle eingebaut. Wenn wir Widerstand hätten leisten können, so wäre Halt wahrscheinlich heute zur Hälfte ein Trümmerhaufen."

Arbeiter für die Landwirtschaft.

Die Regierung hat eine Verordnung zur Belebung des Arbeitsmarktes in der Landwirtschaft erlassen, wonach Arbeitslose, die früher in der Land- und Forstwirtschaft tätig waren, bestimmte Verpflichtungen erhalten, wenn sie wieder in der Landwirtschaft arbeiten wollen. Es wird ihnen freie Kraft zur Arbeitsstelle und Beihilfe an den Meistern kosten, ebenso für die Familienmitglieder gewährt, ferner freie Fahrt für Möbel und Hausrat. Müssen die Familienangehörigen zurückbleiben, so soll eine allgemeine Unterstützung gewährt werden. Den Arbeitern wird das Recht auf Selbstverwaltung gegeben. Die Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft werden verpflichtet, eine offene Stelle sofort bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachwuchs anzumelden.

Die Presse der Abhängigen.

Die Rechtssozialisten haben ein Organ in Schwerin in Mecklenburg gegründet. Am 1. April an wollen sie ein Blatt in Meiningen erscheinen lassen. Diese Gründungen müssen unter Gewissenhaftigkeit der Presse und zu Anstrengungen für ihre Vermehrung anspornen.

Gelaufen. Der deutsche Schoner Metz aus Brakel, mit einer Ladung Ölinsgesamt auf der Fahrt von Brakel nach Karlsruhe, ist nach einer Melbung aus Kopenhagen von dem französischen Torpedobootszerstörer Ortlamme aufgebracht und dort eingeschleppt worden.

Deutsch-demokratischer Parteitag. Die Wolffische Zeitung meldet: Der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen demokratischen Partei hat beschlossen, den allgemeinen Parteitag der Deutschen demokratischen Partei auf den 17. bis 19. Mai nach Kassel einzuberufen.

Politische Minnchen.

Wien, 20. März. Die heutige Nummer des *Fremdenblattes* enthält eine Erklärung, daß mit dem Zusammenbruch der alten Monarchie und mit dem Entstehen einer deutsch-österreichischen Republik die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der früheren Politik des Fremdenblattes schwand. Dieser Erwähnung folgend, entschloß sich der Verlag zur Schaffung eines armen Tagesspieles, das unter dem Titel *Der Neue Tag* auf wesentlich geänderter moderner demokratischer Grundlage am nächsten Sonntag zum erstenmal erscheint, während das *Fremdenblatt* am 22. März sein Erscheinen einstellt.

Solidarität der Flüsse.

Wien, 20. März. Die Neue Freie Presse erhält über die Gründe der bevorstehenden Reise des früheren Kaiser Karl in die Schweiz, daß fast zur gleichen Zeit, in der die Sozialdemokraten nach dem Auftakt der Wahlen den Gedanken einer Übernahme des Kaiser in das Ausland ins Auge sahen, eine Einladung des englischen Königs Hauses an den Kaiser eintraf, sich in England unter allen Garantien für seinen persönlichen Schutz niederzulassen. In der jüngsten Zeit hat die deutsch-österreichische Regierung durch eine Mietperson in Edelstein wiederum mitteln lassen, daß die Verlegung des Wohnsitzes nach außerhalb Österreichs wünschenswert sei.

Amsterdam, 20. März. Dem Daily Chronicle zufolge wurde das Angebot des ausführenden Ausschusses der Eisenbahner nach längerer Beratung verworfen. Der Arbeitstag und die Gleichstellung der Arbeitbedingungen auf allen Eisenbahnen wurden bewilligt, aber die Lohn- und Lebertyidenfrage sind noch ungelöst. Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos, da die Verhandlungen noch fortdauern. Heute findet eine Konferenz der Eisenbahner statt. Eisenbahner, Bergarbeiter und Transportarbeiter haben sich verpflichtet, nicht zu streiken, ohne vorher den Treibstoff ergraut zu haben, der morgen in London zu einer Konferenz zusammentritt.

Die Krise in der englischen Industrie.

Rotterdam, 19. März. Der Times zufolge ist die Lage in den Baumwollspinnereien in Lancashire kritisch. Ungefähr 80 Prozent der Arbeiter sind arbeitslos. Dies wird der großen Steigerung der Löhne zugeschrieben, die es Lancashire unmöglich macht, zu den von den Arbeitnehmern gebotenen Preisen zu liefern. In einigen Kreisen beginnt man auch für die Baumwollspinnereien in Lancashire das einzige Hell in der Perspektive zu sehen. Die Times hält diese Frage für um so bedeutsicher, als England nicht mehr länger der Kreditgeber der Welt ist.

Amsterdam, 20. März. Dem Daily Chronicle zufolge wurde das Angebot des ausführenden Ausschusses der Eisenbahner nach längerer Beratung verworfen. Der Arbeitstag und die Gleichstellung der Arbeitbedingungen auf allen Eisenbahnen wurden bewilligt, aber die Lohn- und Lebertyidenfrage sind noch ungelöst. Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos, da die Verhandlungen noch fortdauern. Heute findet eine Konferenz der Eisenbahner statt. Eisenbahner, Bergarbeiter und Transportarbeiter haben sich verpflichtet, nicht zu streiken, ohne vorher den Treibstoff ergraut zu haben, der morgen in London zu einer Konferenz zusammentritt.

Gärung

unter der französischen Arbeiterschaft.

Paris, 19. März. Zwischen der linksdiskreten Partei Presse und den rechtstümlichen Blättern findet eine starke Polemik über die Gefährdung der internationalen Lage durch gewisse Tendenzen statt. Marechal Gashin ruft in der Humanité: Wenn wir Greise glauben, den Krieg durch den Sieg der Liga abzuschaffen zu können, so sind sie in einer schweren Illusion besangen. Das Gesetz steht überall heraus. Am Auland, Deutschland, in allen sozialen Ordnungen. Auch bei uns in Frankreich werden die Käfigsozialistinnen festgestellt. Überall macht sich eine Beunruhigung der Geister bemerkbar, die großen historischen Ereignissen vorausgesagte Wührenddessen versuchen wir Greise, einzigen Gewaltfrieden aufzubauen, und leisten in wahnwütiger Weise dem einzigen Manne Widerstand, der allein den verhängnisvollen Konflikt vermeiden könnte.

Die Presse führt aus, daß das sich immer mehr bemerkbar machende Unbehagen auf die langsame Demobilisierung zurückzuführen sei, und schreibt weiter: Wenn der Kriegszustand weiter verschleppt wird und unzähligerweise Milliarden hinausgeworfen werden, können in einigen Wochen Ereignisse eintreten, deren Tragweite man heute noch nicht absehen kann.

Hervor versucht in der Ueckertre die Arbeiterschaft zu bestimmen, indem er an ihre Verständigkeit appelliert. Es ist ungewöhnlich, schreibt er, daß die Eisenbahner mit dem Generalstreik drohen würden, solange der Frieden noch nicht unterstellt ist.

Auch Journal des Debats macht ein Zugeständnis an die Gewerkschaften und fragt, ob die Pariser Konferenz ein neues Drama verhindere. Während man sich um Gewerkschaften reise, nehme die gewissemene Desorganisation in der ganzen Welt mit unheimlicher Schnelligkeit zu. Wenn die Konferenz sich über die Beuteverteilung einigt werden, werde man nichts mehr davon haben können, dann die Anarchie werde auf alles die Hand legen. Das Blatt sieht die einzige Rettung in dem Verbund und erinnert warnend an den Zusammenbruch der Heiligen Allianz.

Mahzregeln gegen die Lebensmittelsteuerung in Frankreich.

Der Temps vom 2. März bringt nachstehende Auslassungen eines hohen Beamten der Volksnahrung über die Mahzregeln, durch die die Regierung die gegenwärtige Lebensmittelsteuerung zu stopfen gedenkt. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen braucht ein normaler Franzose täglich 500 Gramm Brot, 100 Gramm frisches Fleisch, 50 Gramm gefülltes Fleisch, 40 Gramm Schmalz, 20 Gramm Speck, 20 Gramm Oel, 500 Gramm Kartoffeln, 75 Gramm Fleis, 75 Gramm Hühnchenfleisch, 25 Gramm Butter, 25 Gramm kondensierte Milch. Aus einer Vergleichung der Marktpreise dieser Lebensmittel ergab sich, daß am 28. Februar für die angegebenen Mengen ein Pariser 2.25 Fr. an bezahlen hatte, während sie in New York 2.08 Fr. und in London 1.75 Fr. kosteten. Um diesem, im wesentlichen durch gewinnlustige Zwischenhändler verursachten Missverhältnis abzuholzen, beschloß das Ernährungsamt, die Einfuhr und den Verkauf zu den oben dargestellten Normalrationen gehörenden Lebensmittel selbst in die Hand zu nehmen und kostet auf diese Weise, den Preis dieser Nation auf 1.94 Fr. herabzudrücken zu können, was für den Verbraucher, den jährlichen Preisen gegenüber, eine Ersparnis von 40 v. D. ausmachen würde. Der Verkauf der Lebensmittel an das Publikum soll übertragen werden: 1. den Konsumvereinen und sozialen Genossenschaften, die statutenmäßig nur an ihre Mitglieder verkaufen, 2. den Stadtverwaltungen, 3. allen handelsbetreibenden, die sich verpflichten, die ihnen von der Behörde vorgekündigte Preise innerhalb der Schließlichkeit soll auch ein direkter Verkauf unter amtlicher Aufsicht in beobachteten Verkaufsstellen eingerichtet werden. Die Durchschnittspreise sind zunächst folgendermaßen festgelegt für das Allogramm: Geflügelfleisch (Mind oder Hammel) 3.50 Fr., Schinken 5.50 Fr., Speck 5 Fr., Schmalz 4.00 Fr., Käse 1.10 Fr., Bohnen 1.00 Fr., Oel 5.00 Fr., kondensierte Milch 1.50 Fr., die Blätter zu 400 Gramm. Diese Preise werden je nach Schwankungen der Marktlage in den Bezugsländern erhöht oder herabgesetzt werden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der Achtlundenstag in Frankreich.

Gest. 20. März. Aus Paris wird gemeldet: In der französischen Arbeiterschaft zeigt sich eine starke Bewegung zugunsten des sozialistischen Arbeitsrates. Neben dem Eisenbahnverband, der bekanntlich zur Einführung des Achtstundentages eine Frist bis zum 1. Mai gestellt hat, verlangen auch andre wichtige Gewerkschaften und die Metallarbeiter in St. Etienne die achtstündige Arbeit. Eine Gewerkschaftsversammlung in Verailles forderte die vollständige und unverzügliche Demobilisierung aller Heeresflossen.

Englische Schwierigkeiten in Ägypten. Eine Neuermeldung besagt, die Lage in Kairo werde nicht als besorgniserregend angesehen, wenn mit Sorgfalt vorgefahren werde. Die Unruhen seien plötzlich überraschend gekommen, da seit einiger Zeit die Nationalisten übertriebenen Forderungen stellten und die Bevölkerung aufzutreten suchten. Wegen ihrer Opposition gegen das Protektorat seien die führenden Nationalisten nach Malta deportiert worden. Es werde wahrscheinlich einige Zeit dauern, bis diese Maßnahme die gewünschte Wirkung andünnen werde. Doch hätten die Militärbefehlshaber alle notwendigen Schritte unternommen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Unruhen seien von den Nationalisten mit Unterstützung von Studenten ins Werk gesetzt worden, und der Pöbel von Kairo habe sich angeschlossen.

Ein ungarisches Sozialstimmungsmittel. Der ungarische Ministerrat beschloß die Errichtung eines Sozialstimmungsmittels, das die in der Verwaltung der verschiedenen Ministerien befindlichen Industriebetriebe übernehmen, ferner die staatliche Verwaltung der zur Sozialisierung reisenden Industriebetriebe vorbereiten und durchführen wird.

Religionsfreiheit in Ungarn. Unterrichtsminister Kunfi rügte die Direktoren sämtlicher Schulen eine Bußchrist, worin angeordnet wird, daß die Schüler zum Besuch der Kirche oder zur Beichte nicht gezwungen werden dürfen.

Neuwahlen in Frankreich. Laut Progrès de Lyon hat die Regierung beschlossen, die französischen Neuwahlen für die Parlamente usw. im Laufe des Monats Juli stattfinden zu lassen. Dies gestattet den Rücktritt, daß man mit der vollen Demobilisierung aller Arten der Machtenteilung und des aktiven Heeres bis zum 30. Juni rechnet. Der Lyoner Nouvelliste ersicht hierzu, daß bis zum 7. April 7 Millionen französischer Soldaten ins Civilleben zurückkehren werden.

Der Parteitag.

(Schluß)

In einer persönlichen Bemerkung wandte sich sodann die Genossin Zetkin gegen einzelne Ausführungen Raubitschys.

Genosse Zetkin: Niel beschwerte sich nochmals, daß Haase viel zu rasch aus Oel wieder abreiste sei. Genosse Haase stellte richtig, daß er tatsächlich länger als dargestellt in Niel gewesen sei. Genossin Zetkin stellt weiter richtig, daß sie sich nicht gegen die Sozialisierungskommission, sondern gegen ihre schleppende Arbeit beworben und daneben allerdings auch die Aktion des Proletariates befürwortet habe. Genosse Raubitschy protestiert gegen die Vorwürfe, daß die Sozialisierungskommission nicht rasch und entschlossen genug gearbeitet habe. Die Regierung habe die Vorschläge der Kommission nur noch nicht veröffentlicht.

Es folgen darauf

die Abstimmungen.

Ein Antrag Haase, im Absatz 9 den leichten Satz wie folgt zu formulieren:

„Sie erstrebt die Herrschaft des Proletariates als des Vertreters der großen Proletarientum, das bedeutet die Diktatur des Proletariates als notwendige Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus.“

Wurde gegen eine starke Minorität abgelehnt. Anträge, die darauf hinzielten, den Parlamenten ausschließlich oder auch „in erster Linie“ nur insofern Bedeutung zuzusprechen, als sie Gelegenheit zur Aufzettelung der Waffen im Wahlkampf und von der Tribune herab zu geben, wurden abgelehnt. Schließlich stand die „Programmatische Kundgebung“ als Ganzes mit allen gegen 8 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde ferner ein Antrag Neufölln zur Frage der Landesverteidigung.

In der Nachmittagsitzung wurde zunächst die Diskussion noch einmal über die am Vormittag beschlossene Programmatische Kundgebung aufgenommen. Ursprünglich war darin gefordert worden:

Annullierung der Kriegsanleihen, ohne jede Einschränkung. Jetzt wird Dr. Rosenfeld auf gewisse Konsequenzen dieser Formulierung hin, die sicher nicht im Sinne

vieler Ichnen, die Haase bestimmt hätten. Den armen Kriegerwilligen dürfe man ihr Leid nicht nehmen, wenn es in Kriegsanleihe angelegt sei, und auch die Krankenkassen, Sparassen und die Gemeinden müssten vor schwerer Schädigung ihrer Mitglieder durch eine Annulierung der Kriegsanleihen geschützt werden. Er beantragte, die am Vormittag beschlossene Formulierung in der eben bereits beschlossenen Art und Weise abändern.

Meherere Redner unterstützten diesen Antrag. Haase hätte es am liebsten geschaffen, wenn die Forderung auf Annulierung der Kriegsanleihen ganz fortgelassen wäre. Vor der Konstitution großer Verbände werde keiner aufschrecken. Eine Annulierung der Kriegsanleihen würde aber zu großen Ungerechtigkeiten führen. Die ursprünglichen Reicher würden nur zum Teil getroffen werden, nachdem die Banken und viele reiche Leute ihre Rechnungen längst abgeschlossen hätten. Verbleiblich müsste auch werden, daß die Vormünder während des Krieges verpflichtet worden seien, die Gelder der ihnen anvertrauten Kinder in Kriegsanleihe anzulegen. Es würde eine Unbartherrlichkeit und Verblendung sein, diese Gelder fest einfach zu konsolidieren. Zum mindesten müsse die Annulierung in der von Rosenfeld gewünschten Weise beschränkt werden. Einzelne andre Redner sprachen gegen den Rosenfeldschen Antrag, der jedoch mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Auswählen war, nach einem Beschuß, neuerenfalls auch einem besoldeten Vorsitzenden der Partei Stimmrecht im Parteivorstand zu gewähren.

Die Wahl der beiden Vorsitzenden der Partei

eingetreten worden. Das Wahlergebnis ergab bei 178 insgesamt abgegebene Stimmen für Haase 154, für Däumig 100, für Dittmann 50, für Crispin 8 und für Dittmann 4 Stimmen, während 1 Stimme ungültig blieb. Nach Bekanntgabe dieses Abstimmungsresultats erklärte Haase, die Wahl nicht annehmen zu können.

Gerade in einer so bewegten Zeit, wie dieser, sei dringend eine Einheitlichkeit in der Partei nötig. Zwischen ihm und Däumig bestanden aber die verschiedensten Auseinandersetzungen, dazu läge, daß Däumig es abgelehnt habe, sich mit ihm, Haase, auf dieselbe Kandidatenliste zur Nationalversammlung setzen zu lassen. Selbstverständlich würde er innerhalb der Partei weiter seine Pflicht tun und hosse, auch dort das Seine leisten zu können. — Däumig erklärte, die Wahl annehmen zu wollen. (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende Dittmann teilte darauf mit, daß ein weiterer Wahlgang möglich sei, da von den übrigen Kandidaten keiner die absolute Mehrheit der Stimmen besitze. Nunmehr lehnte Dittmann in seiner Kandidatur ab.

Rosenfeld-Berlin wies darauf hin, daß durch die Abstimmung Haases eine ganz neue Situation entstanden sei, die eine Verzogung des Parteitages auf kurze Zeit nötig mache, damit die Parteimitglieder zunächst einmal in kleinen Kreisen Stellung nehmen könnten. Von anderer Seite wurde die Einsetzung einer Kommission angeregt, damit keine „Schiebungen“ vorkommen könnten. Eine Auseinandersetzung, den ganzen Wahlgang zu wiederholen, stieß auf Widerstand. Nur sitzt den neben Däumig benötigten Vorsitzenden sollte ein zweiter Wahlgang stattfinden. Nach längeren Erörterungen wurden die Verhandlungen auf einige Zeit vertagt, um den Landesmannschaften Gelegenheit zu geben, die neue Situation zu besprechen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gab eine Reihe von Delegierten namens ihrer Landesmannschaften Erklärungen ab. So führte Dr. Herz-Hamburg aus, die Situation sei durch die Entwicklung der Dinge ganz verschoben worden. Es handle sich nicht um eine Personenfrage, sondern um sachliche Gegensätze. Mit verschiedenen Resolutionen und künstlichen Verknüpfungen sei da nicht weiterzukommen. Es entsteht die Notwendigkeit, noch einmal die Mitgliedschaften im Lande zu befragen und dann auf einem neuen Parteitag, der in vier bis sechs Wochen stattfinden könnte, eine klare Entscheidung herbeizuführen. Bis dahin müsse der bürgerliche Vorstand im Amt bleiben.

Ernst-Hagen wies darauf hin, daß zahlreiche Delegierte sicherlich ihre Stimme Däumig nicht gegeben haben würden, wenn sie gewußt hätten, daß Haase ablehnen wollte. Deshalb empfahl es sich, die ganze Vorstandswahl noch einmal vorzunehmen und einen Anschluß der Abstimmungen zu versuchen.

Obus-Düsseldorf: Die leitenden Gedanken Däumigs standen in der Resolution ihren Ausdruck. Über das Interesse an der Einheit der Partei steht auch alle Anhänger des Ratesystems für Haase stimmen. Wenn dieser nun glaubt, aufzutreten zu müssen, so muß eine demokratische Partei instande sein, sich auch einen andern Vorsitzenden zu geben. Ein nochmaliger Parteitag ist überflüssig. Zerfallen braucht die Partei wegen dieser Differenzen keineswegs.

Karlsruhe-Villingen: Den hannoverschen und braunschweigischen Genossen erschien es unmöglich, daß nach Annahme der programmatischen Erklärung Däumig die Leitung der Partei übernimmt, der tatsächlich gar nicht auf dem Boden dieser Erklärung steht. Däumig sollte zurücktreten, dann könne Crispin, der ja auch radikal ist, neben Haase gewählt werden.

Holzhausen-Berlin: Die Partei steht auf dem Spiel, wenn die Delegierten fest aus Furcht vor ihrer eigenen Courage eine Neuwahl vornehmen. Eine Nichtwiederwahl Däumigs muss der Partei großen Schaden bringen; die Partei würde sich lächerlich machen und den Prozeß der Abspaltung noch links beschleunigen. Däumigs Wahl sollte nach außen dokumentieren, daß die Partei einen Schritt nach links gemacht habe. Wird sie jetzt zügig gemacht, so kann das die Partei zerstören.

Dittmann-Berlin: Die Sache müsse über der Person stehen, und deshalb müßten wir nach einer Verständigung suchen. Ein Auge nach links ist vor sich gegangen, und er soll auch in den leitenden Personen in die Einigung treten, wenn in der Beziehung ein geeigneter Vorschlag gemacht werden, wird es bei uns an Entgegenkommen nicht fehlen. Anderer Beruf, die Partei zu sprengen, muß aber entschieden abgelehnt werden. Indem Däumig vorgeschlagen wurde, war die Gefahr einer Spaltung herausbeschworen, denn man möchte wissen, daß Haase ablehnen würde; seine Selbstachtung muß ihm geblieben, nicht mit Däumig zusammenzutreffen. Auch die Partei hat Interesse an solcher Selbstachtung. Eine nochmalige Wahl der beiden Vorsitzenden ist nötig. Wäre Haase uns dann an der Spitze der Partei erhalten bleiben! (Beifall.)

Gottschalk-Königsberg: Die Resolution entwidmet, weber ganz den Ansprüchen Haases, noch denen Däumigs, sondern sie steht eine Mittellinie. Haase hat schließlich darüber gestimmt, Däumig dagegen Maßnahmen für die Erfüllung der Partei ist nicht der Name des Vorsitzenden, sondern die Arbeit, die im Lande geleistet wird, und das Programm, das die Partei hat. Haase hätte nicht ablehnen dürfen.

Nehmlich äußerte sich Man-Danzig.

Siegen: Däumig hat schon vor längerer Zeit erklärt, daß er mit Haase nicht zusammenarbeiten könne, indem er mit der Begründung, daß er die Politik der Partei nicht annehmen werde, aus dem Vorstand ausscheidet. Dann hat es Däumig fertiggebracht, an der Spitze der revolutionären Oberschule Berlin mit der Kommunistischen Partei Verhandlungen zu pflegen, zu dem Zweck, die hinter den Oberschulen stehenden Arbeiter dieser Partei aufzuführen. Die Verhandlungen scheiterten nur an gewissen Bedingungen der Kommunisten. Endlich hat Däumig gegen die programmatische Erklärung gestimmt. So hatte Haase sachliche Gründe gegen, um das Amt abzulehnen!

Gehrt-Erlau: Eine Befragung der Mitgliedschaften wäre angebracht. Die Taktik der Partei steht in Frage. Man muß mit der Möglichkeit rechnen, daß Organisationen absplittern, wenn die Richtung Däumig die Partei beherrscht.

Schmid-Düsseldorf: Wir sind in Düsseldorf so radikal wie möglich, aber die Zusammenarbeit mit den Kommunisten hat uns gezwungen, einen breiten Trennungsrück zu ziehen. Jimmerblum kann man es Däumig nicht übernehmen, wenn er mit den Kommunisten verbündet hat. Über andres muß zu dem Urteil führen, daß in diesem Falle das Recht doch auf Seiten Haases liegt. Man muß Däumig bitten, seine Kandidatur zurückzuziehen, so daß eine Neuwahl vorgenommen werden kann, bei der dann in Crispin ein Genosse gewählt werden sollte, der ebenfalls links steht wie er.

Däumig: Um die Wende des Jahres waren die rücksichtigen Elemente sehr unzureichend mit der Partei. Ein Parteitag aber

war nicht zu erreichen. In dieser Situation bin ich offenkundig an die Kommunistische Partei herangetreten, um festzustellen, ob nicht eine Vereinigung aller entschieden revolutionären Elemente möglich wäre. Dabei haben wir klar und klar erklärt, daß wir gegen eine putschistische Taktik sind und haben einen ausschlaggebenden Einfluß auf Taktik, Politik und Presse des Spartakusbundes zur Vorbereitung einer Vereinigung gemacht. Als das abgelehnt wurde, war mir und die Frage erledigt. Ich habe zwar nicht gegen die programmatische Kundgebung gestimmt, aber langweile nicht, daß ich gegen sie gestimmt haben würde, wenn ich im Saal gewesen wäre. Wenn ich trotzdem bereit war, den Vorstand anzunehmen, so deshalb, weil ich an die Möglichkeit glaubte, durch praktische Arbeit im Sinne meiner ursprünglichen Resolution wirken zu können. Ich habe auch den Glauben, daß mit Haase eine Zusammenarbeit möglich sein würde. Wenn meine Wahl, wie es scheint, geplatzt ist, Verantwortung in die Partei zu tragen und einen Personentreit zu entscheiden, so veranlaßt mich die gegenwärtige Situation zurückzutreten, damit eine Neuwahl vorgenommen werden kann.

Es wurden sodann neue Worschläge erbeten. Als Kandidaten blieben schließlich nur Haase und Crispin. Bei der Wahl wurden 145 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Crispin 100, Haase 107, Däumig 17 und Gottschalk eine Stimme. 15 Jetz waren unbedingt abzugeben.

Bei der Wahl zu Sekretären des Parteivorstandes erhielten Lutze 80, Dittmann 51 und Bühlertenn 24 Stimmen. Die ersten beiden waren damit gewählt. Die Weißerwohl erprobte, nachdem Adolf Hoffmann seine Kandidatur zurückgezogen hatte, folgendes Resultat: Paulart 92 Stimmen, Genossin Remi 77, Dr. Moses 63, Malzahn 62 Stimmen. Die ersten drei treten danach als Weißer in den Vorstand ein.

Eine lange Reihe von Resolutionen und Anträgen wurden meist abgelehnt, durch Abstimmung erledigt. Damit war der Parteitag am Ende seiner Verhandlungen angelangt.

Haase eröffnet noch das Wort zu folgender Anfrage: In Berlin steht ein schwerer, blutiger Kampf. Alle Verschwörungsmittel werden in Angriff genommen. Unter den Kindern werden Gefangene entlanggeführt mit über den Kopf gesetzten Händen (Ausruf von den Trümmern; Am Marsch sind sechs Matrosen hinterlistig erschossen worden, die sich bereits ergeben hatten!) Wir haben diesen Abstand von diesem Ereignis, es erfordert aber auch unsre ganze Aufmerksamkeit. Wir dürfen ihm nicht indifferent gegenüberstehen.

Nach unsern Erfahrungen können wir nicht tapferlose Zuschauer bleiben. Dabei ist das, was wir sehen, nur ein Vorlauf. Die Revolution ist noch nicht abgeschlossen. Unsre Verschläfe müssen einen Zusammenschluß der Kräfte herbeiführen, die sie im Sinne des Proletariats zum Siege bringen wollen. Wenn wir hier schwer Kämpfe ausgetragen haben, so war ihr Anteil vor den besten Weg zu finden, um der Sache zu dienen. Unter Wille ist, die alten Scharen zusammenzuhalten und neue Kämpfer für die Befreiung des Proletariats zu gewinnen.

Darauf folgte Lipinski den Parteitag mit ansteuernden Worten, nun ins Land hinauszugehen und dort die Arbeit des Parteitages fruchtbar zu machen.

Gewerkschaftsbewegung.

Abstimmung im Buchbinderverband.

Bei der am letzten Sonnabend, dem 15. März, vorgenommenen Abstimmung über die Wahl der Personen zur Ortsvertretung und Tarifkommission wurden 978 Stimmenthalt abgegeben. Davon waren gültig 808, 28 ungültig. Gewählt wurde als Vorsitzender der Kollegin Thalheim mit 705 Stimmen. Als Weißer erhielten Stimmen Bergmann 786, Schirmer 784, Höpfer 715, Hüller 712, Berta Ziel 708, Frau Uggelius 600, Gerstenberger 505, Wehrbach 559, Wolf 520, Otto 412 und Schorbacher 408. Weiter erhielten Stimmen: Müller 880, Emma Müller 877, Treppschuh 352, Bojer 324, Beyer 301, Scheffler 287 und Hans 171. Als Mitglied des Verbandsausschusses wurde gewählt der Kollege Höpfer mit 818 und Dr. Wolf mit 167 Stimmen abgegeben.

Die Zahlstelle zählt gegenwärtig 6411 Mitglieder. Es haben sich dennoch 5405 der Abstimmung erhalten. Prozentual ausgedrückt haben 15 Prozent an der Wahl teilgenommen und 85 Prozent sind der Wahlhandlung fern geblieben.

Deutscher Buchbinderverband.

Zahlstelle Leipzig.

Bei der am 16. März stattgefundenen Wahl der Delegierten zum Verbandsstag und Gewerkschaftskongress haben sich 1445 Mitglieder — 28 Proz. der Mitgliedschaft beteiligt. Stimmen erhielten zum Verbandsstag: Winkler 920, Dohler 890, Herbert 776, Wittig 600, Gräfe 654, Lam 584, Schenkenberger 550, Naouske 471, Schuber 400, Vogel 441, Hermann 419, Kühnert 382, Schöber 322, Schmidt 292, zerstört und ungültig 88. Die ersten sechs Kollegen sind demnach als Delegierte gewählt. Zum Gewerkschaftskongress erhielten Stimmen: Dohler 994, Thielmann 825, Werner 89, Dötscher 20. Für die Wahl dieses Delegierten ist das Rechtlat zu dem gesamten Bau erst entscheidend.

Deutscher Polgarbeiterverband, Geschäftsstelle Leipzig.

Sozialdem. Verein 13 für den 13. Reichstagswahlkreis II. S. P. D.

Bureau: Zanderstr. 10/21, I.
(Postamtamtungsgeb.) Tel. 19225
Sprechstundenzeit: Sonnabend
von 12 bis 1 Uhr u. 17 bis 2 Uhr,
Sonntags von 9 bis 1 Uhr.

Böhlitz-Ehrenberg. Sonnabend, den 22. März, abends 8 Uhr, Versammlung im Restaurant zur Börse (Angermann). Vortrag vom Gen. Laube über Sozialisierung der Produktionsmittel. Freie Ausprache. Es laden freundlich ein. Der Vorstand.

Brandis. Sonnabend, den 22. März, abends 7 Uhr, Versammlung im Gasthof Rämmerei. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Connewitz. Sonnabend, den 22. März, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gambrinus. Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion über den Vortrag: Sozialisierung der Volkswirtschaft. 2. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Dölzig u. Umg. Sonnabend, den 22. März, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Wägde. Tagesordnung: Bericht über die Tätigkeit des Gemeinderats. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Hänichen-Quasenitz-Lützschena. Sonnabend, den 22. März, abends 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Runk über: Die gegenwärtige politische Lage. 2. Freie Ausprache. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet. D.V.

Liebertwolkwitz. Sonnabend, den 22. März, abends 7 Uhr, Versammlung im Schwarzen Hof. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Sozialisierung. 2. Gemeindeangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet. D.V.

Richtung! Volkswehr Lindenthal. Sonnabend, den 22. März, abends 8 Uhr, Besprechung im Vereinstoß. Waffen, Munition, Ausweise und Armbinden sind mitzubringen. Der Obmann.

Mockau. Sonnabend, den 22. März, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinstoß (Restaurant Lindenhof). Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Paul Seifert über: Die Sozialisierung. 2. Freie Ausprache hierzu. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Möckern. Sonnabend, 22. März, Aussendorfliche General-Versammlung im Carolathalle (Turnhalle). Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu dem vom Genossen Langrock gestellten Antrag: Niederkritik zum Spartakusbund. 2. Wahl einer zehngliedrigen Agitationskommission. 3. Vereinsangelegenheiten. Das Erscheinen aller, auch der aus dem Kreise zugelehrten Mitglieder ist Pflicht. Der Vorstand.

Rötha u. Umg. Sonnabend, den 22. März, abends 7 Uhr, Generalversammlung im Gasthof Stadt Leipzig. J. A.: Otto Schmaluß. Schriftführer.

Kommunistengruppe. Es ist Unsinn, von Sozialismus oder von "Sozialisierung der Betriebe" zu reden auf Basis der heutigen Schulden, Binsen- und Dividendenwirtschaft, auf Basis des freien Warenverkehrs und der heutigen hohen Nähe, die diese ganze Schulden-, Binsen- und Dividendenwirtschaft einschließen und voraussehen. Der Sozialismus ist nur möglich und praktisch durchführbar, wie es in unserem Programmblatt dargestellt wird. Unverblümt und folgerichtig sind die eingeladenen Forderungen formuliert — im Gegensatz zum Kommunismus von bloßen Schreibern, wie er in manchen jungen politischen Parteien organisiert ist. Das Flugblatt kostet 10 Pf. und ist durch unsere Geschäftsstelle, Restaurant Zwölf, Windmühlenstr., zu beziehen. Für Wiederverkäufer billiger. Durch die Post 5 Stück gegen Entsendung von 50 Pf. in Briefmarken. Sonnabend, den 22. März, abends 1/2 Uhr im Zwölf: Vortrag über: Deutschlands nächste Zukunft. Freie Ausprache. Ledermann hat Zutritt.

Allgemeine **Akademiker-Versammlung**

in der Wandelhalle der Universität Sonnabend, 22. März, 1/2 Uhr.

1. Bölkerbund u. Rechtsgedanke. Redner: Professor Dr. Spranger.

2. Erklärungen der politischen Studentenverbände.

3. Freie Ausprache.

Allgemeiner Studentenausschuss der Universität. Deutschnationaler Verband der Studierenden. Studentische Ortsgruppe der deutschen Volkspartei. Demokratischer Studentenverein. Sozialistischer Studentenbund.

Der Rektor der Universität. Die Direktoren der Handelshochschule, der Frauenhochschule, der Akademie für graphische Künste u. Buchgewerbe, des Konservatoriums der Musik. Akademikerbund Leipzig.

Sitzplätze reichlich vorhanden.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Suhl und Umgegend. Die hiesige Verwaltungsstelle lädt zum 1. Mai 1919 einen ersten und dritten

Geschäftsführer

für Agitation und Verwaltung. Gehalt nach den Beschlüssen von Breslau und Köln. Dienstjahre werden angerechnet. Kollegen, die mindestens fünf Jahre im Verband sind, Kenntnisse im Kassenwesen, agitatorische und organisatorische Fähigkeiten haben, wollen Gehalte einreichen unter Angabe des Berufes, Alters, Familienverhältnisse und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis zum 15. April 1919 an den Kollegen Adolf Anschütz, Suhl, Sandstraße 15.

Die Verwaltung.

Adolf Anschütz.

Ronsumverein Gaußsch und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonnabend, den 29. März 1919, abends 7 Uhr

Halbjährliche Generalversammlung

im Gasthof zur Friedenseiche in Zöbigker.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht.

2. Umbau des alten Grundstücks eventuell Verkauf desselben.

3. Antrag des Aufsichtsrates: Erhöhung der Renten.

4. Anträge der Mitglieder nach § 85 des Statuts.

Der Aufsichtsrat.

Joh. Kritsch. M. Schmidt.

Verband der **Fabrikarbeiter Deutschlands**

Zahlstelle Leipzig. Bureau: Volkshaus, Zeitzer Straße.

Farbenarbeiter.

Sonnabend, den 22. März 1919, nachmittags 4 Uhr

Versammlung

in den Kaiserhallen, Eisenbahnstraße 1.

Tagesordnung:

Stellungnahme zur Tariffrage.

Die Verbandsleitung. J. A.: Storch.

Deutscher **Holzarbeiter-Verband**

Bureau im Volkshaus, Zeitzer Str. 82 II. R. 12. Arbeitsschicht täglich von 8.00-14.00 Uhr vor.

Zielstag, den 25. März 1919, abends 5 Uhr

General-Versammlung

im Sanssouci, Leipzig, Elsterstraße.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Resolution Winkler vom 23. Februar.

2. Geschäfts- und Kassenbericht.

3. Bericht der Revisoren und Diskussion zu Vorstehendem.

4. Neuwahl der Lokalverwaltung und der Revisoren.

Die Verbandsmitglieder werden ersucht, zu dieser wichtigen Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen. Ohne Buch kein Zutritt.

Starken und pünktlichen Besuch erwartet. Die Lokalverwaltung.

Sektion der Gummidreßler, Schleifer und Hilfsarbeiter

Montag, den 24. März, abends 5 Uhr

Branchen-Versammlung

in Stadt Altenburg, Lindenauer Markt.

Tagesordnung wichtig.

Erscheinen aller Branchenangehörigen notwendig.

Berband der Steinseßer

und Berufsgenossen Deutschlands. — Filiale Leipzig. —

Montag, den 24. März, abends 6 Uhr

Mitgliederversammlung

im Volkshaus, Café Mitte.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Sitzung im Schlichtungsausschuss. 2. Gewerkschaftliches.

Zahlreiches Erscheinen wünscht.

d. v.

Arbeiter-Turnerbund

Bezirk Leipzig. — Südgruppe. —

Montag, den 24. März, nachmittags 4 Uhr

Gruppen-Versammlung

in Döllitz (Vorl.-Restaurant).

Tagesordnung: Kreisturntag und Delegierten-Wahl.

Zahlreiches Beteiligung erwacht.

Die Gruppenleitung.

Arbeiter-Schwimm-Verein Leipzig E. V.

Sonntag, den 25. März.

Einlass 2 Uhr

1/3 Uhr nachmittags

Einlass 2 Uhr



Schwimm-Fest

im Dianabad, Langestr. 8

Teuchen, Springer, Schwimmen, Figurenreiten, Rettungsvorführungen, Wiederbelebungsvorführungen.

Nachdem:

Bolsammensein mit Tanz im Gesellschaftssaal des Zentraltheaters, Eingang Thomasstr. 19.

Wanderklub „Wanderheil“

Abteilung im Turnverein Flöha, L. Lüttig.

Sonnabend, Tanzkränzchen in der Waldschänke.

22. März, Anfang 6 Uhr.

Metallarbeiter

Berband

Wahlstelle: Volkshaus, Zeitzer Str. 82. Untergeschoss. Büro, r. 1. Untergeschoss vorw. 8-10 Uhr, 12-1, ab 4-7 Uhr, 8-10 Uhr, 12-1 Uhr. Tel. 0784. Die Bibliothek sieht allen Mitgliedern unentbehrlich zur Verfügung und kann Ihnen während der Versammlungen entliehen werden. Bezeichnungen müssen gegen Gummierung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

Elektromonteur u. Helfer Sonnabend, abends 7 Uhr, Versammlung der Verkaufsmänner und Arbeiterausschüsse. Buch ist mitzubringen. Branchenleitung der Elektromontoure. *

Land-Kraftwerke Leipzig-Kulkwitz Sonnabend, den 23. März, mittags 8 Uhr, im Volkshaus, Leipzig, Versammlung der Instations- und Bauabteilung. Branchenleitung der Elektromonture. *

Former u. Glesseralarbeiter. Sonnabend, abends 10 Uhr, Versammlung im großen Saal des Volkshauses. Tagesordnung: Das Ergebnis der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss und Sitzungnahme hierzu. Kollegen, sorgt für guten Besuch.

Morden. Montag, den 24. März 1919, abends 7 Uhr im Brauerei-Stüdzial. Eisebachstr. Vertrauensmänner-Sitzung.

Osten. Montag, den 24. März 1919, abends 7 Uhr, im Restaurant Silberpappel, Grimmaische Strasse, Sitzung der Vertrauensmänner und Arbeiterausschüsse. Sehr wichtige Tagesordnung. Alle Bezieher müssen vertreten sein.

Schmiede. Montag, den 24. März, abends 7 Uhr im Volkshaus, Mittelhaar, Versammlung für alle in den Kleinbetrieben beschäftigten Schmiede. Die Tagesordnung wird in der Verhandlung bekanntgegeben. Vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig. Die Branchenleitung.

Alle vom Militärdienst entlassenen Kollegen müssen sich sofort, spätestens innerhalb 8 Wochen nach erfolgter Entlassung, wieder beim Verband anmelden, wollen sie nicht ihrer bisher erworbenen Rechte verlustig gehen.

Meldung der im Kriegsdienst gefallenen Mitglieder. Die Eltern oder Angehörigen gesetzlicher gefallener Mitglieder werden gebeten, zwecks Verhöldnung ihrer Gefallenen-Ehre, im Bureau die genauen Personallisten (Name und Geburtsstag) des Gefallenen zu melden. *

Rommunist. Partei Deutschlands (Spartakusbund) Gruppe Leipzig.

Öffentliche Versammlung für Bösdorf, Ehlyra, Knauthleberg, Knauthain und Umgegend Sonnabend, den 22. März 1919, abends 7 Uhr im Gasthof Bösdorf a. d. E. Thema: Was wollen die Kommunisten? Referent: Genosse Georg Schumann.

Fabrikarbeiter-Verband

Zahlstelle Markranstädt u. Umg.

Heute Freitag, den 21. März, abends 7 Uhr

Mitgliederversammlung

in der Turnhalle, Kreuzauer Str. 26.

Tagesordnung sehr wichtig.

Ergebnis aller ist Pflicht. Die Ortsverwaltung.

Turnverein Vorwärts Leipzig-Eutritzsch

Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes

Sonnabend, den 22. März 1919

Grosses Vereins-Vergnügen mit Ball

Munkels Konzerthaus (Gozenschlösschen)

bestehend in turnerischen und theatralischen

Aufführungen sowie Tanz. :: :: ::

Einlass 1/2 Uhr. Ende? Anfang 6 Uhr.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 21. März.

Parteiangelegenheiten.

13. Kreis, Gutrlich. Das Kriegeraufzitomaterial ist unbedingt bis morgen, abends 1/2 Uhr, in der Bioblothel abzugeben. Anmeldungen werden dort selbst entgegengenommen.

Der Vorstand.

Leipziger Untergrundbahn.

I.

Man schreibt und: Straßenbahnen sind nicht mehr zeitgemäß; die Stadt Leipzig soll ihre Gelder ausgeben für vorstehendere Verkehrsmittel. Wir brauchen Untergrundbahnen! Untergrundbahnen müssen gebaut werden nach Pariser oder Londoner Muster, nicht in deren Umfang, aber nach deren Anlage. Untergrundbahnen müssen wie haben mit billigen Preisen, mit größter Fahrgeschwindigkeit, denkbar vollendet Betriebssicherheit und mit Einrichtungen für Massenbeförderung.

Preisen wir daraus ein: Leipziger Straßenbahnen! Sie genügen den geforderten Voraussetzungen nicht. Bald werden sie nicht mehr zum billigen Preise fahren; schon jetzt kommen sie kaum recht zum Preis. Die Betriebssicherheit ist jedenfalls bei richtiger Anlage unter der Erde größer. Passanten, Wagen und Straßenbahnen stoßen sich außerdem gegenwärtig und bedenken gewisse — wenn auch geringhöhe gewordene — Gefahren, und endlich kann doch niemand behaupten, daß 120 Fahrsäfte in einem Zug eine Maßnahmeforderung im Sinne eines Wirtschaftsgebäudes von rund 700 000 Menschen darstelle. In dem Punkte „langsame Fahrt“: Abonnenten sollen sich einmal berechnen, wie viele Stunden bzw. Arbeitswochen und Monate sie auf der Elektrischen nutzlos verbringen. (Viermal täglich ½ Stunde und 2 Stunden täglich, 12 Stunden wöchentlich, 800 Minuten jährlich, in 8-Stundentagen 75 Arbeitstage über 12 Arbeitswochen.) Wie könnte die Zeit möglichst angewendet werden? Was wir von Untergrundbahnen fordern, ist also erstens billiger Preis. Die Pariser hatten eine Taxe für 1. Klasse und eine Taxe für 2. Klasse. Es gab weder Zuschläge zu den Grundfahrtpreisen noch sonstige Preisabschläge. Die Fahrkarte galt, solange man im Bahnhofsbetrieb war. Der Vorteil: Hätte man sich verfahren, war bei den nur seltenen Längen Aufenthalten an den Stationen einmal zu weit gefahren — was ist es? Man ging auf den Gegenbahngleis und fuhr zurück. Wo mehrere Verkehrsmöglichkeiten vorhanden waren, so galt jede. Wie gesagt, solange man im Bahnhofsbetrieb war, galt die Fahrkarte, und wäre einer von früh 6 bis nachts um 12 gefahren. Außerdem hatte man Rückfahrkarten, eigentlich Fahrkarten für zwei Fahrten, die nur ¼ mehr als einfache Tour kosteten. 15 Cent die einfache Benutzung, 20 Cent die doppelte Fahrt. Drei doppelte Berechtigungen waren speziell für die Rückfahrtberechtigung berechnet, von denen das Leben fordert, daß sie nicht erst nach 9 Uhr an ihrer Arbeitsstätte zu sein brauchen. Die Doppelbillette wurden nur bis 6 Uhr freih verausgabt, galten aber zur zweiten Fahrt während des ganzen Tages. Ob daneben noch Abonnementbillette existierten, weiß ich nicht mehr.

Wie in Paris möglichst war, möchte auch von Leipzig gefordert werden Wünsche. Fahrtaudweise für 10 Pf., alltäglich innerhalb des Bahnhofsbetriebs beliebig lange. Sie werden unwillig erst mit dem Heraustreten auf die Straße, also, wenn das Bahnhofsgebäude verlassen wird. Damit fallen die peinlichen Pochungen, wie sie z. B. die Große Leipziger Straßenbahn — vielleicht notwendigerweise — markiert, weg. Man betrifft das Bahnhofsbetrieb, fährt geradeaus, steigt einmal, ankommt um, fährt zurück, umwende fahren, wie man will, aber man muß innerhalb des Bahnhofsbetriebs bleiben. Zum Spazierwerden die wenigsten Leute im Finstern andauernd hin und her fahren.

Dann müssen wir Doppelbillette fordern für 15 Pf., genau mit der Bedingung, daß sie nur bis 6 Uhr freih gelassen werden können und daß die andere (meistens Rück-) Fahrt am hellen Tage auszufliehen ist.

Erneut wären Wochenkarten auszulegen, wie es die Bahn macht, etwa für 12 Fahrten 1 M. Man könnte sie auch als Tageskarten verausgaben an jedem.

Wenn das kapitalistische Interesse wegfällt, wird man sich wundern, wie billig die Fahrten ausgestrahlt werden können; denn es ist doch wohl selbstverständlich, daß die Unternehmer des Projekts die Stadt und die an der Bahn interessierten Vororte sein müssen.

Zum Kapitel „große Geschwindigkeit“: Es ist zu rechnen, daß durch die vollständige Schienenstranglagerung, durch vermindernde Zahl von Stationen, kurze Aufenthalte und dergleichen die Fahrtgeschwindigkeit auf ein Drittel bis Viertel der jetzigen Straßenbahngeschwindigkeit gebracht werden kann, so daß man vom Hauptbahnhof in etwa 8 Minuten entweder am Connewitzer Kreuz oder in Südtor, Schönfeld, Lindenau, Sellerhausen, in circa 10 Minuten in Döhl, Großschocher, Ostholz, Völkl-Grenzberg, Wahren ankommen kann.

Über die erhöhte Betriebssicherheit soll später ausführlicher berichtet werden. Und zur „Massenbeförderung“ ist zu sagen, daß 200 Mann auf einem Zug zu rechnen sind; die Zugfolge kann je nach Notwendigkeit bis auf 2-Minutenabstände verkürzt werden. Normalerweise werden die Züge sich nach 2, eventuell 4 Minuten folgen. Das ist etwas anderes, als der zahme Straßenbahnbetrieb mit dem im Frieden üblichen „Alle befehlt!“ Und sollten die Menschenmassen in den verkehrsfreien Stunden nicht so stark sein, so lassen sich die Züge verlängern oder die Abstände in der Ausfahrt auf

eine 4 Minuten erweitern. Man glaube aber ja nicht, daß Leipzig mit leeren Wagen fahren würde!

Welche Straßen sind denn nun gedacht? Wenn Pariser 11 Linien betrieben und sich fortwährend durch neue Straßen erweiterte, so lämen ihr das gegenwärtige und zukünftige Leipzig wohl nicht mehr als 4 Betriebslinien in Frage. Mit diesen Wünsten erachtet werden, daß bis auf verschwindend wenige Ausnahmen Leipzigs Einwohner nicht weiter als 5 Minuten von einer Untergrundstation wohnen.

Die 4 Linien würden 60 Stationen haben; 12 davon sind zum Übergang von einer auf die andere Linie vorgesehen.

Linie I: Wahren—Möckern—Gohlis—Gutrich—Stadt—Connewitz—Löhnsig—Döhl—Ostholz—Grenzberg. Länge etwa 17 Kilometer.

Linie II: Völkl-Grenzberg—Connewitz—Lindenau—Stadt—Neudörfel—Südtor—Probstheida. 14 Kilometer.

Linie III: Pannsendorf—Sellerhausen—Vollmarzdorf—Stadt—Plagwitz—Lindenau—Klein- und Großschocher. 14 Kilometer.

Linie IV: Lindenau—Plagwitz—Großschocher—Schleusing—Südbvorstadt—Menditz—Schönfeld—Modau—Döhl—Grenzberg—Kranichstein—Gutrich (Anschluß Linie I). 17 Kilometer.

mogen erst zur Zeit des Schlusses der Polizeiunruhen das Innere der Stadt verlassen werden.

Gegen die Auflösung des österreichischen Konsulats. Zu Übereinstimmung mit der Handelskammer und dem Mesom hat der Rat die österreichische Regierung dringend gebeten, von der Auflösung des österreichisch-ungarischen Konsulats in Leipzig abzusehen. Man meinte, die Majorität bei den zwischen Leipzig und Österreich bestehenden lebhaften Beziehungen würde eine schwere Schädigung des Handels, der Industrie und der Messe der Stadt Leipzig eintragen.

Unterbringung obdachloser Familien. Da am 1. April wahrscheinlich eine große Familie kein Unterkommen findet, müssen in städtischen Gebäuden zur Unterbringung Obdachloser Mäuse bereitgestellt werden. Zur Vorbereitung dieser Mäuse sowie eines leerstehender Mäuse in Privathäusern wurde ein Vereinigungsgeld von 100 000 M. bewilligt.

Kinderhort. Mit Rücksicht auf die hohe Bevölkerungsanzahl des Kinderortes an der 5. Bezirksschule wurde beschlossen, diesen Ort zu teilen.

Vergabeklasse. Um den begabten Lehrlingen der Damentuchhersteller zu größerer Fertigkeit zu verhelfen und das gesamte Handwerk zu heben, wurde Ehrenabend für damit erklärt, daß an der Fach- und Fortbildungsklasse für Mädchen zunächst eine besondere Vergabeklasse eingerichtet wird.

Streifenbau. Für die Herstellung der Johannastraße in 2. Modatt von dem fertigen Teile bis zur Adolfstraße wurden 115 800 M. für den Bau einer Stromleitungsanlage in 2. Modatt auf 300 Meter 52 140 Mark bewilligt. Die Arbeiten sollen als Rostandsarbeiten ausgeführt werden.

Beteiligung der zentralen Wurstherstellung. Zustimmung des Rates fand auch die von der Landesfeuerwehr und der hiesigen Fleischkennung sowie vom Vorsteheramt gewünschten Auflösung der Centralstelle der hiesigen Wurstherstellung. Von der Herstellung der Wurst in den einzelnen Fleischereien verspricht man sich eine bessere Ausnutzung der für die Wurstbereitung bestimmten Fleischmengen. Auch behauptet man, daß dadurch der größte Teil der arbeitslosen Fleischer in den nun reichlicher beschäftigten Fleischereien untergebracht werden könnte. Dem leichten Beifall des Rates drückte die Mehrheit der Stadtverordneten wohl kaum ihre Zustimmung geben. Die Fleischer zu dem früheren Zustand mag wohl den Wünschen der Fleischhersteller entsprechen, steht aber durchaus nicht im Interesse der Massen der Konsumen. Sie würde gegenüber dem jetzt bestehenden Zustand einen offensichtlichen Nachdruck bedeuten und dafür wird das Stadtratvereinzelkollegium in seiner lebigen Zusammensetzung sicher nicht zu haben sein.

Abgabe von Gas in der Mittagszeit.

Wie und die Direktion der Gasanstalt mitteilte, wird von heute ab Gas abgegeben: von 4 bis 8 Uhr morgens, von 11 bis 1 Uhr mittags und von 5 bis 11 Uhr abends. Damit ist die Gasperiode wesentlich verlängert worden.

Invalidenrentenzahlungen aus Elsah-Zolkingen.

Es herrschte verschiedentlich Unklarheit darüber, wie die aus Elsah-Zolkingen vertriebenen Personen, denen auf Grund des IV. Buches der Reichs-Versicherungsordnung bisher von der Landesversicherungsanstalt Elsah-Zolkingen Invaliden-, Alters- und Hinreiblichenrente geahndet wurden, in den Weiterzug der ihnen aufstehenden Renten gelangen würden. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß, nachdem der behördliche Verlehr mit Elsah-Zolkingen zugelassen ist, Besuch an die Landesversicherungsanstalt in Straßburg gerichtet werden können, in denen um Überweisung der Renten an die Postanstalt des neuen Aufenthaltsortes gebeten wird.

Die Leipziger Parteigenossen zum Parteitag. Die Genossen und Genossen des Südostbezirks beschäftigten sich am Donnerstag in der Papiermühle in Südtor mit dem Parteitag und die Parteigenossenschaft des Sibille mit dem Parteitag und die Parteigenossenschaft des Sibille nahm im Sächsischen Haus in Connewitz zum Parteitag Stellung. Die Genossen Liebmann und Lipinski haben den Bericht. Im Südtor wurde die Ansprache über den Bericht verlesen, in Connewitz erklärten sich die Versammelten nach der Ansprache mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden.

Unser Bericht über die Stellung der Leipziger Parteigenossen zum Parteitag vom 20. März enthält einen Irrtum. Es heißt dar: „Er (Liebmann) wußt daher nach, daß Haase bei Abschaffung seiner Resolution zum Teil weiter gegangen sei wie Däumig.“ Es muß aber heißen, der Satz der Haasen Resolution, „daß die Eröberung der politischen Macht durch das Proletariat nicht im Verein mit den bürgerlichen Klassen, sondern nur im Kampfe gegen sie“ bei der endgültigen Fassung leider ausgeschlossen sei.

Erhöhung der Nährmittelzulagen für Schwangere usw. Die Sondernährmittelmarken für Schwangere, Stillende usw. werden beginnend mit Marke SN 7—8, solange es zu ermöglichen ist, statt bisher mit 200 Pfennig mit 400 Gramm Nährmitteln beliefert.

Verlängerte Polizeistunde und Straßenbahnbetrieb. Mit Rücksicht auf die Rückverlegung der Polizeistunde auf 1/2 Uhr abends wird die Große Leipziger Straßenbahn vom Sonnabend, dem 22. d. M., ab auf den Hauptlinien (L, M, durchstreifend R, S, 1, 6) den Betrieb entsprechend länger aufrecht erhalten, so daß die letzten Wagen etwa 11.30 bis 11.50 Uhr die innere Stadt verlassen. Die letzten Wagen der Außenbahnenlinien verkehren vom gleichen Tage

Erhöhung des Bezugspreises
der
Leipziger Volkszeitung.

Die Leipziger Tagesschriften sowie viele Blätter im Reich haben in diesen Tagen erklärt, sie seien gezwungen, den Bezugspreis zu erhöhen. Auch die Leipziger Volkszeitung muß diesen Schritt tun. Die Teuerung schreitet auf allen Gebieten vorwärts. Zum 1. April tritt wieder eine enorme Papierpreiserhöhung ein; die Wöhne und Schäfer haben eine Steigerung erfahren müssen, so daß der Preis für die Zeitung herausgesetzt werden muß, wenn ihre Weiterexistenz nicht ernstlich gefährdet sein soll. Die Leipziger Volkszeitung hat bei den bisherigen Bezugspreisen, erhöhungen darauf besonders geachtet, nur den Preis festzusetzen, der erforderlich ist, um den Betrieb aufrechtzuhalten. Und auch jetzt rägt sie sich nur davon seien. Deshalb wird der Preis bloß um 25 Pfennig für den Monat erhöht, so daß die Leipziger Volkszeitung vom 1. April an statt wie bisher 1.50 Mark

1.75 Mark für den Monat

kostet. (Die Volkszeitung für das Muldental kostet statt 90 Pfennig 1 Mark.)

Seit Ausbruch der Revolution hat die Leipziger Volkszeitung rund

50 000 neue Abonnenten

zu verzeichnen. Ein Beweis, wie groß das Bedürfnis für eine Zeitung ist, die auf dem Boden des revolutionären Sozialismus steht, und wie das Vertrauen der weitesten Kreise zur Leipziger Volkszeitung gestiegen ist.

Die Leipziger Volkszeitung, die militärt im Kriege — umfäßt und versorgt von der imperialistischen Mente — gegen den Kappkrieg mit aller Entschiedenheit gekämpft hat, sie steht heute an erster Stelle als Kampferin für die Fortführung der Revolution und die rasche Sozialisierung um die arbeitende Bevölkerung von der Ausbeutung des Kapitalismus zu befreien. Sie wird mit aller Entschiedenheit diesen Kampf weiterführen, bis dem Proletariat der Sieg beschlossen ist. Er ist jedoch nicht es, daß der Leipziger Volkszeitung wie bisher die Freiheit gehalten wird und ihr auch scheinbar neue Leser angeführt werden. Gerade in dieser Zeit mit weitreichende Aussicht bitter not.

Daher auf zur Gewinnung
neuer Abonnenten für die
Leipziger Volkszeitung!

Ratabschlüsse.

Verlängerung des Straßenbahnbetriebs. Am der letzten Ratssitzung nahm man davon Kenntnis, daß nach erfolgter Verlängerung der Volkszeitung bis 1/2 Uhr abends auch die letzten Straßenbahnen

Kleine Chronik.

2. Anrechts-Konzert des Niedelvereins. Die Erstaufführung des Gesanges der Toten von Professor Franz Mayerhoff konnte ich leider nicht hören. Das Requiem von Johannes Brahms steht feierlich und künstlerisch höher als die von Berlioz und Verdi. Die englische Verwandtschaft hat es mit Mozart Requiem. Der Niedelverein besitzt prachtvolles Stimm-Material, nur die böse Künste etwas härter vertreten sein. Die Aufführung, von Herrn Professor Mayerhoff geleitet, gelang gut; nur ward die Kugel der Gedanken Seelen vom Orchester etwas zu stark begleitet, sobald es an Durchsichtigkeit fehlte. Dagegen gelang die Arie Herr Du bist würdig vortrefflich. Bei den anderen Chören könnte an verschiedenen Stellen die Schattierung noch besser sein. Frau Else Pfeiffer-Diegel und Herr Reinhold Gerhard sangen mit tiefer Einfühlung. Margarete (Orgel) und das Gewandhaus-Orchester halfen mit bekannter künstlerischer Zuverlässigkeit zum Gelingen des Werkes.

Dresdner Trio. Franz Wagner (Klarinet), Erich Schneider (Violin), Hans Pottermund (Violoncel) musizierten in Wirklichkeit etwas zu „schön“, das merkte man bei Beethovens großem Trio in B-dur (op. 97). Unser Beethoven verträgt schon etwas derber angesetzt zu werden, wenn er an reinen Natürlichkeit nicht verlieren darf. Dagegen traten die Herren in der Trio-Suite von Scheinpflug G-dur (op. 19) damit den richtigen Ton. Das Werk, das Scheinpflug zum Teil in russischer Gefangenenschaft geschrieben hat, ist im alten Stil gehalten, durchsetzt mit Tanzformen und viel Sprit (die ewige Sehnsucht nach der Heimat); es ist Kleinarbeit, doch niedrig. Beide Werke wurden mit viel Hingabe und Schwung gespielt. Leider konnte ich das Trio von Arensky nicht hören.

20. Gewandhaus-Konzert. Margarete Pfeiffer-Schmidler sang mit warmer, angenehmer Stimme Lieder von Göhler, Smigajski, Pfitzner. Für die komplizierteren Aufforderungen der beiden legenden reichte ihre Interpretation aber nicht aus. Nach Liszts Nachtstück (Zug zu Lenau's Haust) mit seiner rassiger-monotonen Illustrationsmusik bot Beethovens Sieben eine doppelte Eroffnung. Ritschks Klavierbegleitung, besonders zum Pfitzner, war von hohem Fleiß.

Der dritte (heitere) Vortragabend von Gustav Herrmann zeigte, wie ansprudlos ein Publikum sein kann. Was an literarisch Anehmbarem und Gute geboten wurde, fand wenig Liebe bei den Hörern, woran zweifelhaft auch die Sprechworte des Vortragenden mit schuld war, der z. B. nicht vermocht, den Endreim im 10. Kapitel der Hoblade genügend zu modulieren und so die Eintrübung zu verhindern. Auch Arno Holz (Phantast) kam nicht zur reichen Geltung, und die eigenen Gedichte Gustav Herrmanns werden sich wahrscheinlich besser lesen, als sie anzuhören waren. Er als der Vortragende saß auf das Abreise der liegenden Alster oder des Gemütlischen Sitzes begab (Nymphe); Die alte Witwe aus „Mo, o, die schöne Schuhmausfrau“ und Hermann Harry Schmid: Die vorzülliche Kaffeemaschine aus „Der Sängling und andere Traumobjekte“, fand er lebhafter Beifall. Einige Arbeiter, die sich durch den Kartenvorverkauf des Arbeitsbildungsinstituts bewegen lassen, dienen Abend zu besuchen, dachten uns unverhohlen ihre Wissbegierigung aus. Als Märchen-erzähler vor einem Publikum von Kindern würde der Vortragende wahrscheinlich gut bekommen.

Einen vollständlichen Dichterabend veranstaltete A. Günther. Die Darbietungen des schlecht besuchten Abends muß man als recht dürrisch bezeichnen. Besonders die eigenen Dichtungen von Alma Roth waren sowohl inhaltlich als auch im Vortrag nicht geeignet, eine tiefere Wirkung auszulösen. Die gewählten Musikküsse wurden von dem blinden Violinisten Fr. Bunte und Fr. Kleiner wohl technisch nicht schlecht wiedergegeben, aber es fehlte in der Aufführung die nötige Feinheit und Wärme. Wenn man für solche Abende ein stärkeres Interesse wecken will, muß man sie mindestens auf ein höheres Niveau zu bringen suchen.

Städtische Theater. Die Ausgabe der Unrechtskarten für den zweiten Jahresteil erfolgt vom 21. bis 27. März, vormittags von 10 bis 1 Uhr, a. der Abendfeste im Neuen Theater (Wortherhaus), Eingang Augustusplatz. — Die für Sonntag, den 23. März, angesetzte Aufführung Figaros Hochzeit muß wegen Erkrankung des Herrn Lahner abgesetzt werden. Dafür gelangt Flotow's Oper Martha zur Aufführung. — Am Montag, dem 24. März, wird nach längerer Zeit ein Städtegärtner in der Carmen-Aufführung wieder in der Titelpartie auftreten.

Inserate gehen vor.

Der Amiebelsch, die Münchner Zeitschrift Hans von Webers, erzählt folgende Geschichte:

Eines Tages, während des Balkankrieges, traf ich im Straßenbahnhof meinen Freund, Dr. H., einen bedeutenden Historiker aus Sachsen, der damals infolge arger Geldklemme genötigt war, als weiter politischer Redakteur eines liberalen Zeitungsbogens sich im Karussellschuppen zu üben. Seiner geraden Natur widerkreiste diese Praxis arg, und solange er sie erduldet — bald schon war er sie von sich wie ein schmückles Hemd —, machte er oft jenes Herz in grimmigen Ausfällen Lust. So erzählte er mir denn, als wir uns auf der Straßenbahn trafen: „Heern Se, met Vieber, das war heide wieder mal e Tag aus der Weltgeschichte! Freil gommd der Chefredakteur, Dr. Gummi, begeistert sich hier ne die Kürze und verlangt von mir binne zwee Schtunden en' Leidartikel! Hier die Dirgel und gegen die andre Balganbande. Also ich schreibe drufflos, als ob ich 'nen ganzen Parc an und meint, er hätte sich verheddert, mir wären gegen de Dirgel, und ich müste den Usslag in einer Bierfestschunde ummodeln. Also ich schreibe drufflos, als ob ich 'nen ganzen Parc an und meint, er hätte sich verheddert, mir wären gegen de Dirgel

an ob innere Stadt wie folgt: Linie 9. Hauptbahnhof 11.30 Uhr ab Nöthnitz, Linie 9. Endstation 11.30 Uhr ab Hauptbahnhof, Linie 9. Endstation 11.30 Uhr ab Fleischmarkt.

Über die Verbrauchsregelung und Höchstpreise für Süßigkeiten, hergestellt aus Komunalverbandzucker, handelt eine Bekanntmachung des Rates in vorliegender Nummer, auf die wir auch an dieser Stelle hinschicken.

Berdoppelung des Spiritusrechtes. Den Verlauf von Brennspiritus an Windermitteln betrifft eine Bekanntmachung des Rates in der vorliegenden Ausgabe, auf die hiermit besonders hingewiesen wird. Der Spiritus kostet nicht mehr 55 Pf., sondern 1 M. das Liter. Die Rohbeschaffung hat nicht mehr über das letzte Monatseinkommen, sondern über die letzten vier aufeinander folgenden Wochen zu laufen. Nur bei Monatsverdienst ist der letzte Monat maßgebend. Zeit und Ort der Anmeldung und Ausgabe der zu verteilenden Marken sind vom Sonnabend, dem 22. März 1919, in den Polizeiwachen zu erfragen. Mit der Ausgabe der Marken kann erst Montag, den 24. März 1919, begonnen werden.

Bermietter von Wohnungen werden darauf aufmerksam gemacht, daß nach einer wiederholten Bekanntmachung in der vorliegenden Nummer der Abschluß von Mietverträgen über Wohnungen mit Personen, die von außerhalb nach Leipzig ziehen, von der vorherigen Auskunft des städtischen Wohnungsbauabsatzes abhängig gemacht ist. Diese Auskunft muß bei der großen Wohnungsknot in Leipzig bis auf weiteres in allen Fällen verlängert werden. Trotzdem abgeschlossene Mietverträge mit solchen Personen sind unzulässig; das Wohnungsdamt kann Räumung der Wohnung und ihre Überlassung zweck weiterer Vermietung verlangen.

Gasthauskartoffelmarken zur Benutzung in Gastwirtschaften, Vollständigen und bei sonstigen Mahlzeiten werden auf Antrag durch die Gemeindebehörde des Wohnorts ausgeschrieben. Während die erste Marke jedermann ohne weiteres zusteht, werden weitere Marken nur ausgeben entweder gegen Rückgabe einer Wochentmarke der Bezirkssatzellstelle für jede Gasthauskartoffelkarte oder Abgabe von sieben Pfund Kartoffeln in Natur.

Die Kadaver. Nachdem Zuiderhandlungen gegen das Verbot des Vergraben von Kadavern, Kadaverteilen und beanstandeten Fleisch 1884 und 8 der Verordnung über die Besichtigung von Tierkadavern, bei der Fleischbeschaffung beanstandeten Fleisch usw. vom 1. Juni 1912 — Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 288 —) in leichter Zeit häufig vorgekommen sind, werden die Ortsverbände veranlaßt, ihre Aussichtsbeamten zu strenger Ueberwachung des Zwanges der Ablieferung zu befürchtender Kadaver usw. an die hierfür bestimmten Abdeckereien oder Besichtigungsaufstellen anzuhalten und vor kommende Hunderthandlungen gegen den Ablieferungszwang unnachlässlich zur Bestrafung anzuzeigen.

Auslieferung von Facharbeitsnachweisen an den städtischen Arbeitsnachweis. Am 10. Februar 1919 hat sich der Arbeitsnachweis für das Tätiler- und Ledervermögen an den städtischen Arbeitsnachweis angeschlossen und seine Tätigkeit in den Räumen des städtischen Arbeitsnachweises, Seeburgstraße 14—20, Erdgeschoss, eröffnet. Am 8. März 1919 hat sich ferner der Facharbeitsnachweis für die Metallindustrie dem städtischen Arbeitsnachweis angegliedert. Dieser hat seine Geschäftsräume im Leipziger Kontorhaus (frühere Dauernde Gewerbeausstellung), Erbdöhlring 1, erstes Obergeschoß. Im einzelnen, insbesondere wegen der Vermittlungsaufgaben und der Fernsprechanschlüsse sämtlicher an den städtischen Arbeitsnachweis angegliederten Facharbeitsnachweise wird auf die Bekanntmachung im amtlichen Teil verwiesen.

Pferdeausfuhrverbot. Das vom stellvertretenden Generalkommando 10. Armeekorps unter dem 25. April 1918 erlassene Pferdeausfuhrverbot — vergleiche die Bekanntmachung im Sächsischen Staatsangehörigen Nr. 95 vom 25. April 1918 — hat noch vor wie noch Gültigkeit. Danach ist die Ausfuhr von Pferden aus dem Korpsbezirk nach nicht-sächsischen Orten verboten. Ausnahmegenehmigungen sind durch die zuständige Amtshauptmannschaft nochzuschaffen.

! Warnung vor verlorenen Kakaotengangsten. Unter der Bezeichnung „Holländische Kakaoimischung“ oder „Haserkakao“ wird im hiesigen Stadtbezirk ein kakaoähnliches Pulver vertrieben, das nach der auf den Einstellungen befindlichen Aufschrift anscheinend holländischer Herkunft ist. Nach der chemischen Untersuchung handelt es sich um eine völlig verloren Mischung von Zuder, Weizenkleie und Kakaocholen. Der dafür geforderte hohe Preis — 10 M. für die Halbfundpackung — steht in keinem Verhältnis zu dem wahren Werte der Mischung, ist vielmehr als betrügerisch zu bezeichnen. Vor dem Ankauf dieses verlorenen Pulvers wird gewarnt. Der Weiterverkauf des minderwertigen Erzeugnisses kann für den Händler Bestrafung zur Folge haben.

Nebeler-Schwimm-Pferku E. K. Sonntag, den 23. März, nachmittags im Interesse der Masse der Konsumenten. Sie würde gegen Schlagobers. Sonnabend, den 22. März, von 9 bis 12 Uhr, Nr. 61 000 bis 64 500. Ausgabe von Knochenbrillen, Knochenbrillen sowie einem kleinen Posten Pferdeknöchen.

Freibank I: Nr. 151 bis 1050.

Freibank II: Nr. 2270 bis 2755.

Gebensmittelkalender für Sonnabend, den 22. März.

Für Händler.

Kunsthonig: Letzter Tag der Warenentnahme durch die Kleinhändler in den sechs Lagerstellen.

Allgemeines Arbeitserbildungsinstitut.

Altes Theater. Sonnabend, 20. März, nachmittags 8 Uhr: Maria Magdalene. Ein bürgerliches Trauerspiel in 8 Akten von Friedrich Hebbel.

Doppelplätze 1.60 M., Einsache Plätze 80 Pf., Stehpätze 45 Pf., III. Rang 25 Pf.

Karten sind in den bekannten Stellen zu haben.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Engelsdorf. Lebensmittelverkauf. Am ersten Verkaufsstelle werden Sonnabend, den 22. März: Butter, für die Person 1/2 Pfund für 75 Pf. gegen Abschnitt D der Kettarte, Brich, für die Person 1 Pfund für 80 Pf., Lebkuchenstück, auf die Familie über 4 Käpse 3 Päckchen, Sauerkraut, für die Person 1 Pfund für 33 Pf. Sämtliche Lebensmittel gegen Abschnitt 5 der Lebzettelte. Der zur Verteilung kommende Kunsthonig ist auf 14 Tage berechnet und zwar vom 10. bis zum 29. März. Ferner wird abermals darauf hingewiesen, daß Untermieter, die eine eigene Bezugsmöglichkeit haben, von den Waren, die familiärweise verteilt werden, ausgeschlossen sind.

Taucha. Nahrungsmittelverkauf. Verteilung von 1 Pfund Honig für 80 Pf. auf den Kopf und Feld 20 der Warenabwickelstelle, sowie von Sonnabend ab Verteilung von 1/2 Pfund Butter für 75 Pf., 1/2 Pfund Brich für 12 Pf., und 1/2 Pfund Granaten für 11 Pf. auf den Kopf nach der Kundenliste und Feld 20 der Warenabwickelstelle.

Wahnsen. Lebensmittelverkauf. An den bekannten Verkaufsstellen werden am Mittwoch, den 27. März, 250 Gramm Kunsthonig auf Nr. 21 (40 Pf.) und 125 Gramm Brich auf Nr. 25 (12 Pf.) der Ausweisstafeln versteckt. Auf Ausweisstafeln, die den Stempel „Haushaltung“ führen, dürfen nur 60 Gramm Brich ab-

gegeben werden. Die Marken müssen bis spätestens Sonnabend abends abgegeben sein.

Schleußig. Nahrungsmittelverteilung. Es werden in der städtischen Butterverkaufsstelle auf Stadtbuttermarke Nr. 73 25 Gramm Butter und 25 Gramm Margarine ausgeteilt. Auf eine Buttermarke K werden 50 Gramm Butter, auf eine Buttermarke G 50 Gramm Feintalg und auf eine abgesetzte Zusatzbuttermarke des Kreises Meissen 50 Gramm Butter verabreicht. Der Preis beträgt für 25 Gramm Butter : 27 Pf., für 50 Gramm Butter 53 Pf., für 25 Gramm Margarine 11 Pf., für 50 Gramm Margarine 21 Pf. und für 50 Gramm Feintalg 23 Pf. — Die Materialwarengeschäfte verkaufen am Sonnabend, den 22. März, auf jeden Quittungsbabschnitt 17 Pf. an Stelle von Matinéelade 1/2 Pfund Albenflocken für 12 Pf. und auf jeden Quittungsbabschnitt 18 B 1/2 Pfund Schnittmehl für 23 Pf.

Schleußig. Arbeiterratwahl. Nach den Bestimmungen des Zentralrates können die Neuwahlen der Arbeiter- und Soldatenräte in Orten unter 10 000 Einwohnern in öffentlichen Volksversammlungen vorgenommen werden. Hierzu macht die Stadt Schleußig in einer am 27. März, abends 7 Uhr, im Lindenhort stattfindenden öffentlichen Volksversammlung Gebrauch. Wahlbar und wahlberechtigt ist jeder Einwohner, der das 20. Lebensjahr erreicht, seinen Sohn und Bro bestätigt wird und dessen Jahresverdienst 10 000 Mark nicht übersteigt. Als Wahlausweis gilt eine vom Arbeitgeber sofort auszustellende Bescheinigung über Beschäftigung, Lohn- und Gehalts Höhe. Arbeitlose weisen sich durch Vorlegung der Arbeitslosenkarte des öffentlichen Nachweises oder ihrer Gewerkschaften aus.

Großdöllnig. In der Ortsvereinsversammlung referierte Geistliche Götz, Auerbach, über die allgemeine politische Lage. Aus der Versammlung wurde angerufen, der Gemeinderatsvertretung verschiedene Fragen über Lebensmittelbelieferung und anderes vorzulegen. Der während den Wahlen gegründete Ortsverein hat jetzt 80 Mitglieder.

Kohlsdorf. Hier besteht eindrücklicher Kartoffelmanagement. Die Amtshauptmannschaft verweist nun die Gemeinde nicht nach dem Amtsgericht Mausitz, wo nach der Schätzung Sachverständiger über 1200 Rentner Kartoffeln liegen, sondern nach Zeitzwitz und Großdöllnig. In dem einen Ort soll alles, was über 18 M. in dem anderen alles, was über 92 Rentner vorhanden ist, weggeholt werden. Es gibt aber nichts. Was wird aber mit den Kartoffeln in Mausitz?

Delitzsch. Wahlen zum Arbeiterrat. Nach einer Bekanntmachung sind für Sonntag, den 23. März, die Neuwahlen zum Arbeiterrat festgesetzt worden. Wahlberechtigt sind alle gegen Gehalt und Lohn beschäftigte Personen, sofern sie ein Einkommen unter 10 000 M. haben. Es kommen außer Arbeitern noch Beamte im Staats-, Verwaltungs- und Gemeindedienst, Privatangestellte, Handanzestelle und Dienstboten als Wahlberechtigte in Frage. Alle höheren Beamten sind aus der Bekanntmachung zu erschließen.

Meserburg. Neuwahl zum Arbeiterrat. Die Wahlzeit für die am Sonntag, dem 23. März, stattfindenden Neuwahlen zum Arbeiterrat ist nach einer Bekanntmachung des Magistrats auf 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags festgesetzt. Die Einziehung der Stimmzettel, Namen der Wahlvorsteher und Wahlräume werden besonders bekannt gemacht. Zu wählen sind 30 Mitglieder des Arbeiterrates. Als Ausweis gilt eine vom Arbeitgeber ausgestellte Bescheinigung.

Sächsische Angelegenheiten.

Die neue Regierung und ihr Programm.

Durch die nun endlich erfolgte Kabinettbildung ist an dem bisherigen Verhältnis nichts geändert worden. Die Herren Grabmayer, Darmisch, Bock, Neuring, Heldt, Schwarz und Mühlberg sind auf ihren Posten geblieben; neu hinzgetreten ist Herr Uhlig, der das Ministerium des Innern übernommen hat. Wir haben also ein rein mehrheitssozialistisches Ministerium. Aber es wäre durchaus verfehlt, daraus schließen zu wollen, daß dadurch die Einheitlichkeit des Handelns in der sächsischen Regierung garantiert sei. Mehr noch als die Kammerdebatten der letzten Wochen haben die gestrigen Ausführungen des Ministerpräsidenten gezeigt, in welch jammervoller Lage sich die Regierungssocialisten in Sachsen befinden, und wie schwach die Position des Kabinetts in der eigenen Fraktion ist.

Herr Grabmayer hält es für zweckmäßig, auf die widersprechenden Ausschreibungen über die Regierungsbildung in der sozialdemokratischen Fraktion hinzuweisen. Einen geradezu lärmenden Eindruck machte das Bekanntnis, daß er zu seinem Bedauern mit seiner Absicht, mit den bürgerlichen Demokraten eine gemeinsame Regierung zu bilden, unterlegen sei. Lebhaft machte er damit auf die Demokraten, an deren Adressen diese Entschuldigung gerichtet war, nicht den geringsten Eindruck. Die abhängigen liberalen Ministerlandabten und ihre Parteiensprecher bewahren während der ganzen Medien elstiges Schweigen. Nur einmal erhoben sie kräftigen Widerspruch, als Grabmayer von der bewährten mittleren Linie etwas nach links abkam und den Arbeiterräten für ihre Tätigkeit dankte.

Und nun das Programm der neuen Regierung. Herr Grabmayer blieb seinem Grundsatz treu: Viel Worte und wenig Klarheit. Er tappte abwechselnd einen Schritt nach links und zwei nach rechts, sprach viel von den Errungenschaften der Revolution, von politischer und ökonomischer Befreiung, Sozialisierung usw. Dazwischen verschwerte er zur Verhüllung nach rechts, daß er die Arbeiterverwergerungen und sonstigen Sitzungen des Wirtschaftslebens als selbstmörderischen Wahnsinn und Verbrechen am Gemeinwohl verurteile und fest entschlossen sei, jedem Mißbrauch der Freiheit entgegenzutreten. Auch in bezug auf die praktischen geschieberrischen Aufgaben, vor die die Regierung und Volkskammer in der nächsten Zeit gestellt werden, erging sich der Minister mehr in allgemeinen Andeutungen. Es werden Reformen auf dem Gebiete der Kommunalpolitik und Verwaltung, des Wohnungswesens, der Steuerpolitik, des Wirtschaftslebens und der sozialen Fürsorge in Aussicht gestellt, mit denen man sich ohne weiteres einverstanden erklären muss. Aber es kommt weniger auf die Verhüllung an als auf die Durchführbarkeit der gehegten Pläne. Und darüber liegt die Programmrede alle Klarheit vermisst. Man wird also abwarten müssen, wie die Regierung in der Praxis ihre Richtlinien beachten wird.

Dieser Mangel an Klarheit und Entschlossenheit erklärt die fast an Teilnahmehilflosigkeit grenzende Mühe, mit der die Volkskammer die Erklärung vom Regierungstypus entgegennahm. Selbst die Mehrheit zeigte aufzufällig wenig Neigung, für die nötige Stimmung zu sorgen. Etwa lebhafter wird es am kommenden Montag und Dienstag werden, wo die Ministerrede zur Diskussion steht und die Parteien vermutlich Gelegenheit nehmen werden, die Regierung zu einigen deutlicheren Erklärungen zu veranlassen.

Zur Gründung von Raugenossenschaften in Sachsen.

Von der sächsischen Rentstelle für Wohnungsfürsorge wird uns geschrieben: Angenähnlich rast wieder einmal ein Raugenossenschaftsgründungsfieber durch Sachsen. Versenkte und überreiche halten die Gründung einer Raugenossenschaft für das einfachste Mittel, um einer tatsächlichen oder ansehblichen Wohnungsknot abzuholzen, oder für sich Sondervorteile zu verschaffen. Sowohl

die Verhandlungen von geschäftlich Uninteressierten, wie etwa Gemeindeverwaltungen oder Wohnungsverbrauchern, in die Hand genommen werden und in sachlichen Beratungen mit vernünftigen Sachverständigen das Fert und Wider der einzelnen Gründung durchgesprochen wird, ist gegen solche Gründungsbestrebungen nichts einzutragen. Echter rechnet aber geschäftlich interessierte Kreise, wie Grundstückseigentümer, Architekten, Bauunternehmer und ähnliche, vielleicht mit der Unerschrockenheit und gleichzeitigen Ungehorsamkeit der Siedlungslustigen und Wohnungsnachsuchenden, so daß leider auch in den letzten Zeiten einige Raugenossenschaften ins Leben gerufen wurden, deren Gründung besser unterblieben wäre. Es erachtet deshalb erneut an alle Beteiligten, insbesondere an die Gemeindeverwaltungen, Raugenossenschaften, die Ansiedlungslustigen und Wohnungsverbraucher die dringende Aufforderung, rechtzeitig vor Gründung einer gemeinnützigen Bauunternehmung die Sächsische Zentralstelle für Wohnungsfürsorge, Dresden-II, Schiebstraße 24, um Rat und Auskunft zu ersuchen. Den Bevölkerung ist in den wenigen Fällen bekannt, welche Unmasse von Geschäftspunkten zu berücksichtigen ist, bevor an einer solchen Gründung geschritten werden kann. Vor allem sei deshalb vor überreichen Gründungen aufs eindringlichste gewarnt.

Speckverteilung.

Über die bevorstehende Speckverteilung in Sachsen wird wie folgt:

Sämtliche für die sächsische Bevölkerung bestimmten Fleißwaren werden nach Dresden transportiert, so daß Dresden der Stapelplatz für die in Sachsen zur Verteilung kommenden Waren sein wird. Die Dresdner Firma Behold u. Schlephake, die bereits die große Hindenburg-Speckstange zu verwalten hatte, sowie die Dresdner Butterfirma Mühl werden mit der Einspeisung des „Entente-Speck“ betraut werden. Diese Firmen verfügen über vorzüglich eingerichtete Kühlräume und übernehmen für die Haftbarkeit der Fleißwaren Garantie. Mit der weiteren Verteilung wird vorzugsweise die Landesstelle betraut werden, die wiederum sich der Fleißherstellungen zur weiteren Verteilung an die Bevölkerung belieben wird. Es wird aller Wahrscheinlichkeit nach zunächst pro Kopf der Bevölkerung ein Pfund Speck zur Verteilung kommen. Der Preis wird sich voraussichtlich auf etwa 5 M. für das Pfund stellen. Der Speck ist amerikanischer Herkunft und soll angeblich schon in Rotterdam lagern.

Warum der für Sachsen bestimmte Speck alle nach Dresden geschaft und von dort aus verteilt werden soll, ist nicht einzusehen; er kann doch den Städten gleich angeführt werden. Wozu er aber noch den beiden großen Firmen in Dresden zur Aufbewahrung übergeben werden soll, läßt sich nur daraus erklären, daß man sie etwas verdienen lassen will. Hier zeigt sich auch deutlich die Ohnmacht, oder es ist etwas anderes, in der richtigen Organisation der Lebensmittelverteilung. Notabene, die Großfirmen, die den „Hindenburg-Speck“ so gut aufbewahrt und verteilt haben! Wer hat sie denn anfangs vorschlagen?

Sächsische Volkshammer.

13. Sitzung.

Dresden, 20. März.

Am Regierungstische: Dr. Grabmayer, Heldt, Dr. Harnisch, Schwart, Kästle, Neuring, Uhlig.

Präsident Großdöllnig eröffnet 1/2 Uhr die Sitzung, worauf sofort das Wort erhält

Ministerpräsident Dr. Grabmayer:

Die Volkskammer hat mir die Aufgabe gestellt, die Regierung zu bilden. Auf Grund der Wahlen zur Volkskammer ist die sozialdemokratische Partei hier am stärksten vertreten. Unter Berechnung der unabhängigen Fraktion bildet die Sozialdemokratie hier eine erhebliche Mehrheit. Daran reicht sich als nächststärkste Fraktion die demokratische. Auf Grund dieser Tatsache und der Gesamtlage habe ich die Übereinstimmung — und davon halte ich fest —, daß es richtig und erstrebenwert gewesen wäre, eine Regierung zu bilden, die sich aus allen demokratischen Parteien zusammensetzt. Eine solche Regierung hätte eine breitere tragfähige Basis gehabt. Ich schaue aber nicht erfreut. Wir leiden an einer sehr weitgehenden Parteidifferenz und die Gegenseite zwischen den Parteien treten stark hervor. Die Fraktion der Unabhängigen hat es von vornherein abgelehnt, in eine solche Regierung einzutreten. Darauf wollte die sozialdemokratische Fraktion mit der unabhängigen Fraktion eine sozialistische Regierung bilden, aber auch das hat die unabhängige Fraktion nach wochenlangen Verhandlungen abgelehnt, da die Gegenseite unverhältnismäßig waren. Die sozialdemokratische Fraktion hat es darauf nicht als erwünscht angesehen, unter diesen Umständen gegenwärtig die demokratische Fraktion an der Regierungsbildung teilnehmen zu lassen, weil das sächsische Volk in seiner Mehrheit sozialistisch gewählt und deshalb eine sozialistische Regierung dem Volkswillen entsprochen hätte. Der sozialdemokratische Fraktion hat es fern gelegen, aus Parteidistanz die ganze Regierungsmacht an sich reißen zu wollen. Ich persönlich hätte einen andern Gang der Dinge für wahrscheinlich gehalten. Gleichwohl habe ich das Amt eines Ministerpräsidenten angenommen und die Bildung der Regierung übernommen, um nicht durch eine Weigerung die bestehenden großen Schwierigkeiten noch zu verschärfen.

Die Regierungsbildung gestaltete sich nun einfach. Sämtliche bisherigen Mitglieder der Regierung haben ihre Ämter behalten; zum Minister des Innern habe ich den Abg. Uhlig berufen, der auch zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt worden ist.

Der Ministerpräsident teilt dann noch mit, daß eine Staatskanzlei eingerichtet und mit deren Leitung der Ministerialdirektor Dr. Schulze beauftragt werden soll. Hierauf fährt er fort:

Die neu gebildete Regierung hat für ihre Politik folgende

aufgestellt:

Die Geschichte des deutschen Volkes war erfüllt von dem Streben nach Einheit und Freiheit. Durch die Novemberrevolution 1918 ist der Widerstand der alten Gewalten besiegt und die Wahl frei geworden für die volle Verwirklichung der Einheit und Freiheit des deutschen Volkes.

Die Regierung des Freistaates Sachsen tritt ein für den Ausbau und die Sicherung des Reichs. Die Regierung tritt ein für die Erhaltung und Fortführung der durch die Revolution herbeigeführten demokratischen Errungenschaften. Als unvereinbar mit den obersten Grundlagen der Demokratie erachtet die Regierung jedoch bestrebungen, die auf die gewaltsame Öffnung einer

Regierung ist gewillt, bei der Reichsleitung für die unterschiedene Durchführung der Sozialisierung den dazu reisen Wirtschaftsgruppen mit Antritten und Vorschlägen einzutreten.

Die Regierung ist im Begriff, beim Wirtschaftsministerium ein besonderes Sozialistengesamt zu begründen.

Sobald die Reichsverfassung abgeschlossen sein wird, soll an die Ausarbeitung der endgültigen Verfassung für den Freistaat Sachsen herangetreten werden. In den Fragen der Kommunalpolitik und der allgemeinen demokratischen Verwaltungsreform genügt es, auf die jüngst in der Volkskammer stattgehabte Aussprache zu verweisen. Was

die soziale Fürsorge für die Kriegsbeschädigten

und die Kriegshinterbliebenen angeht, so begrüssen wir es, daß das Reich dafür durch die Verordnung vom 8. Februar d. J. eine gesetzliche Grundlage geschaffen hat.

Das beim Ministerium des Innern erreichte Vandaluswahlrecht ist dazu bestimmt, die sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der Wohnungsfürsorge zu einheitlicher Bearbeitung zusammenzufassen.

In kürzer Frist wird der Volkskammer ein Nachtragssatz und die Vorlage über die

Neugestaltung der Steuerzuschläge

zugehen müssen. Die ständig steigenden Anforderungen an die Staatskasse nötigen dazu, alle Staatlichkeiten in weitestgehendem Maße auszunutzen. Die jetzt erreichbaren Zuschläge reichen leider nicht aus, die stark angewachsenen Ausgaben zu decken. Es wird neben einer Befreiung der unteren Steuerpflichtigen, sofern sie für den Unterhalt anderer Personen zu sorgen haben, eine besondere Besteuerung alleinstehender Personen mit höherem Einkommen und weiterhin eine Reform der Vorschüsse über die Abschöpfung des landwirtschaftlichen Einkommens anzustreben sein.

Die Lebenslage der Beamten und Staatsdienstler erfordert bei der überschreiten Verkürzung aller Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände die besondere Beachtung der Regierung. Den Arbeitern der Staatswerke und den Eisenbahndienstleuten sind ihnen entsprechende Zugaben bewilligt worden. Alle die übrigen Beamten steht die Gewährung von Leistungszulagen bevor, auf die ihnen bereits ein Vorschuss von 200 M. bewilligt worden ist. Der vom Reich in Aussicht gestellten allgemeinen Neuordnung der Leistungszulagen auf einheitlicher Grundlage wird sich der Freistaat Sachsen anschließen müssen.

Das ländliche Wirtschaftsleben muß mit besonderer Sorgfalt behandelt werden.

Die Arbeiterschaft muß in weiterem Maße als bisher Einfluß auf die Gestaltung und Entwicklung der Betriebe gewinnen. Die Betriebsräte der Arbeiter sollen gemeinsam mit den Unternehmen dahin wirken, daß Industrie, Handel und Verkehr zu möglichst großen Leistungen befähigt werden. Den Angehörigen der Gewerbeaufsicht wird besondere Aufmerksamkeit zugeschaut. Eine vermehrte Heranziehung von weiblichen Be-

amten und Hilfsbeamten aus dem Arbeitsstande wird geplant. Auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes ist die Errichtung einer Landeszentrale für das gesamte nichtgewerbliche Arbeitsmarktwesen in Aussicht genommen.

Die Gewerkschaftsfürsorge

leidet unverkennbar an mancherlei Mängeln und Unstimmigkeiten. Die Regierung wird es als ihre Aufgabe ansehen, bei den Berliner Zentralstellen auf Behebung dieser Mängel zu dringen, wobei sich allerdings nicht vercheilt, daß die Gewerkschaftsfürsorge in der jetzigen Form nur als ein Notbehelf angesehen werden kann, der sobald als möglich einer allgemeinen obligatorischen Arbeitsmarktfürsorge von Reichs wegen zu weichen hat. Der ungünstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt wird die Regierung durch Beschaffung weiterer Notstandsarbeiten zu steuern suchen.

Die Gesetzgebung über

Gesetzgebung, Bildungs- und Religionsfragen soll in Übereinstimmung mit den bevorstehenden Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung behandelt werden. Die auf dem Gebiete der Schule durch die vorläufige Regierung erlassenen Verordnungen bedeuten die Einleitung der Schulreform in der Richtung auf die Einheitsschule. Die Regierung ist gewillt, gemeinsam mit der Volkskammer in angemessener Zeit das Sprachrohr gewordene Problem von Staat und Kirche und Kirche und Schule zu lösen. Dabei soll den Kirchengemeinden ihr selbstständiges und freies Gestaltungsberechtigung gewahrt werden.

Die Durchführung demokratischer Grundsätze soll auch in der

Nachsorge

Platz greifen. Die Aufgabe des Justizministeriums wird aber nur die sein können, die Reichsgesetzgebung dahin zu beeinflussen, daß die geplanten großen Reformen des Strafgesetzbuchs und der Strafprozeßordnung, teilweise auch des Vollzuges, vor allem aber des Arbeitstechts schnellstens und in freiheitlichem Stile erfolgen.

Bei dem Strafvollzug muß das Ziel sein, den Verurteilten schon während der Strafverfolgung, aber auch nach dem Strafvollzug erzieherisch zu beeinflussen, rechtzeitig alles zu tun, um ihn wieder zu einem möglichst nützlichen Glied der menschlichen Gesellschaft zu machen.

Schließlich noch ein Wort über

das Heereswesen

in unserem Lande. In richtiger Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse und im Einvernehmen mit den Soldatenräten Sachsen hat das Ministerium für Heereswesen sich entschlossen, daß alte Friedensheer vollständig aufzulösen. Am 1. April soll dieser geschichtlich bedeutsame Akt abgeschlossen sein.

Den Soldatenräten, die in schwerer Zeit dem Vaterlande wertvolle Dienste geleistet haben, gebührt Dank und Anerkennung. (Bravo! Huld; Ruhm bei den blüherischen Partien.) Ihre gesichtliche Mission erledigt sich mit der Auflösung des stehenden Heeres. (Zuruf rechts: Gott sei Dank!)

Die Regierung sieht sich angesichts der andauernd überaus schwierigen und gefährlichen Lage unseres Landes veranlaßt, folgenden Aufruf an die Gesamtheit der Bevölkerung zu richten:

"Mehr als je trifft auf die jetzige Zeit die Erkenntnis zu, daß Regierungen allein nicht in der Lage sind, die Völker glücklich zu machen. Gerade in der Demokratie ist es das Volk selbst, das seines Glückes Schmied sein muss.

Unser Volk ist aufs furchtbare Heimgefecht von den Wirkungen des Weltkriegs und des militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Wir stehen nahe dem völligen Aussterben unseres Wirtschaftslebens, und wir sind bedroht von der Hungersnot in erschrecklichster Gestalt. In dieser Lage sind Arbeitsverweigerungen und sonstige Säuberungen des Wirtschaftslebens selbstmörderischer Wahnsinn und Verbrechen am Gemeinwohl. Die Regierung will die Sicherheit der Person, die Freiheitlichkeit und die Verjüngungsfreiheit gewährleisten. Sie ist gewillt, mit aller Entschiedenheit die Errungenchaften der Revolution zu erhalten, die Demokratie und die Sozialisierung durchzuführen. Aber den Missbrauch der Freiheit und gewalttätige Bedrohungen des geregelten Entwicklungsganges wird sie aufs schärfste bekämpfen.

Die Regierung appelliert jedoch an die Einsicht und Besonnenheit des Volkes, in freier Schlußfahrt das heilige Gut der jungen Freiheit an sich zu holen. Nur durch Ordnung und Arbeit kann unser Volk aus dem heutigen Tiefstande sich wieder erheben und die demokratischen und sozialistischen Ideale verwirklichen." (Bravotufe.)

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Ansprache über die Regierungserklärung.

Briefkästen der Redaktion.

A. H. 100. "Abre Kirma ist verpflichtet, Sie als Mitglied anzumelden. Lehnt die Kasse die Aufnahme ab, so wenden Sie sich an das zuständige Versicherungsamt. Eine freiwillige Versicherung kommt zunächst nicht in Frage.

E. H. Der Kontakt behält seine Gültigkeit.

W. Lauban. Der Auftrag auf Rentenerhöhung kann gestellt werden. Im Falle der Bedürftigkeit muß auch die Gemeinde eine Unterstützung gewähren.

A. W., L.-Volkmarisdorf. 1. 9180 Mr. 2. An den Rat der Stadt Leipzig, dann Kreishauptmannschaft und schließlich Ministerium des Innern.

A. H. 37. Ja.

G. M. Der Hauswirt muß Abhilfe schaffen.

E. Z. Lindenthal. Ist die Kländigungsrück nicht eingehalten, so können Sie sich, wenn es sich um einen kaufmännischen Betrieb handelt, an das Gewerbegericht wenden.

A. 88. 1. Ja! Nur wenn durch Vertrag die Gütertrennung durchgeführt ist, ist das ausgeschlossen. 2. Die 30 Mr. müssen Sie zahlen, da Sie die Vaterschaft anerkannt haben. Das Kind können Sie nicht zu sich nehmen.

Sparfasse Baumsdorf

Rathaus. Geschäftsstelle von 8 bis 2 Uhr.
Tägliche Verzinsung mit 3½ %

Posscheckkonto Leipzig Nr. 41390.
Bankkonto bei der Allgemeinen Deutschen

Creditanstalt, Leipzig.
Girokonto Nr. 238 bei der Girokasse Leipzig,
Neumarkt 35.

Fernsprecher 60367. Straßenbahn Linie 4.
Stahlseilsächer. Kontrollmarken.

Herren- und Damenschifffahrts-Geschäft

Fritz Köppe

Barneder Str. 80 Leutzsch Barneder Str. 80

Gute saubere schnelle Bedienung.

Diebstahl

Vor Bedec = Alarm = Apparat
zuverlässig und sicher, unentbehrlich für jeden
Kleintier- und Garlenbesitzer.

Besichtigung erbauen. H. Böhse, Kaiserstraße 5.

Möbel

Bürgerl. Wohnungseinrichtungen, Speise-,
Herren-Schlafzimmer, Küchen, Einzelmöbel

Größe Auswahl - Preiswert!

Leipziger Möbelhaus

Carl Breitschädel

Wintergartenstr. 16, gegenüber Krystall-Palast.

Rote u. gelbe Speisemöhren

Bahnhof Stötteritz und im Laden Eichstädtstraße 34

Ecke Ferdinand-Jost-Straße

Gelbe Möhren à Rentner 11 und 12 Mr.

Rote Möhren à Rentner 15 und 16 Mr.

Verkaufszeit von vormittags 9 Uhr bis abends 6 Uhr.

Gustav Hoffmann, Stötteritz

Telefon 18788.

Kameraden

Gemüse-Samen.

Kohlsemen, sowie Kohlrabis-

samen, Möhrensamen, abger.

Saat, Erbsen, Bohn, Major,

Blumenamen, Minzblätter,

Edendorf, rote u. gelbe Spinat,

Herbstsalat, Steckwiesen off.

Samenhandlung, Aug. Held,

Leipzig, Markthalle 416,

Mittelgang, Telefon 16181.

Katalog auf Wunsch gratis.

Inservate

für die fällige Nummer bestimmt, erbitten bis

spätestens 8 Uhr vorm.

am Erscheinungstage.

PARK MEUSDORF

besitzer OEBR. OUTHARDT

Morgen Sonnabend, den 22. März
abends 7 Uhr, im "Großen Festsaal"

DAS GLÄNZENDE

Frühlingsballfest.

SCHÖNHEIT UND ANMUT

sollen zu Ehren gelangen, deshalb verleiht
das Schäferdritter-Kollegium die wertvollen
Preise des Burgfrauenfestes und
überreicht die "inhaltsschweren perga-
mentenen Urkunden".

Ein Fest selten Art, der reinen Lebens-
freude gewidmet, soll dieses Frühlingsfest
sein, daher wandert am Sonnabend nach
dem Vesperläuten hinaus nach dem alten
ewig schönen Meusdorf!

DAS HAUSORCHESTER
In konkurrenzloser Besetzung.
Leitung: Herr Kapellmeister Bruno Mossner

Ausreichende Fahrgelegenheit ab Probstheida

Krystallpalast-Lichtspiele
Weisse Wand

FERN ANDRA:

Wenn Menschen reif
zur Liebe werden
Drama in 5 Akten

LISA WEISE:

Amalia - 45 Mark
Lustspiel in 4 Akten

Allen geehrten Freunden, Nachbarn und Bekannten
die ergebene Mitteilung, daß wir das

Restaurant mit Frühstückstube

Albertgarten, I.-Anger

nach vollständiger Renovation übernommen haben.
Unser ehrtwürdiges Bestreben wird sein, allen und be-
ehrenwerten Gästen nur das Beste vom Besten zu bie-
ten. Zeitgemäße Speisen und Getränke zu jeder Tageszeit.

Um gütige Unterstützung bitten

Hochachtungsvoll Alfred Weikert u. Frau.

Licht-U.T. Spiele

Doppel-Programm!

Lotte Neumann
Schweigen II. Teil im Walde
nach dem gleichnamigen Roman von Richard Skowronek.

Der 1. Teil wird von Fräulein Lotte Neumann
erklärt. Dadurch wird den Besuchern, welche den
1. Teil nicht gesehen haben, der Zusammenhang
des Gesamt-Romans verständlich.

Der Sonne entgegen

Ein seelischer Titanenkampf.
4 Akte Hauptrolle: 4 Akte
Sybil Smolowa.

Anfang 4 Uhr.

Telef. 3187 Durchgang Riebeckbräu

JMKUNZEL Hainsle 19.

Im Herzen der Stadt

Felsenkeller

Inhaber: Julius Voigt. Telephon 40119.

Einlass 1½ Uhr. Morgen Sonnabend, den 22. März Einlass 1½ Uhr.

I. Grosse Redoute (ohne Kostüm)

„Ein Walzer-Frühling in Wien“

Von 6 bis 7 Uhr.

Promenadenkonzert des Leipziger Tonkünstler-Orchester Günther Cobenzl.

Ballmusik. Das berühmte Haus-Orchester.

Ausgewähltes Ideal-Wiener Tanzprogramm (Strauss, Ziehrer, Schrammel usw.).

Balldirigent: Der unschöpfbare Grossmeister der illustrierten Walzermärchen.

Reizvolle Darbietungen als Einlagen.

Glänzende Aufmachung unter Berücksichtigung angenehmer Behaglichkeit.

Die Veranstaltung bietet allem die Krone.

Verbrauchsregelung und Höchstpreise für Süßigkeiten aus Kommunalverbandszucker.

Gemäß § 4 der Verordnung des Staatssekretärs des Reichsnährungsamts über den Verkehr mit Süßigkeiten vom 28. Dezember 1918 wird für den Stadtbezirk Leipzig folgendes bestimmt:

1. Für Süßigkeiten, die aus vom heiligen Kommunalverband zugewiesenen Zuckern hergestellt werden, dürfen folgende Preise, die Höchstpreise sind, nicht überschritten werden.

	Mein Verkauf durch den Hersteller, sofern nicht unmittelbar an Kleinhändler oder Verbraucher verkauft wird.	Beim Verkauf an den Kleinhändler sowie beim Verkauf durch den Hersteller an Verbraucher.
	Mark für 1 kg	Mark für 1 kg
A. Karamellbonbons und Dragees:		
Gruppe I. Walzen- und Schnittbonbons mit Geschmackzusatz ohne Säure sowie gewöhnliche Hustenbonbons, ferner Dragees mit Geschmackzusatz ohne Säure	2.40	3.20
Gruppe II. Walzen- und Schnittbonbons mit Geschmackzusatz und Säure (mindestens 500 g auf je 100 kg), ungefüllte Plastikbonbons mit Geschmackzusatz und Säure sowie bessere Hustenbonbons, ferner Dragees gefüllt oder mit Säure oder mit Pfefferminzgeschmack (sowie solche Dragees, die Handarbeit erfordern)	2.80	3.60
Gruppe III. Bonbons der Gruppe II, eingewickelt in seidnichem Papier, ferner gefüllte Bonbons	3.00	4.40
B. Konservenkost:		
Gruppe I. Einsaches Konservenkost, unansehende Fondants mit Geschmackzusatz	2.80	3.60
Gruppe II. Konservenkost mit Pfefferminzgeschmack	3.00	4.40
C. Fondants und Desserthonbons:		
Gruppe I. Glasierte, schmelzende; ein- oder doppelschalige geöffnete landierte Fondants	3.00	4.40
Gruppe II. Überzogene und gefüllte, schmelzende sowie Pfefferminzfondants	4.80	5.60
Gruppe III. Desserthonbons mit Marzipan-, Frucht- oder Saftfüllung	5.00	6.40
D. Komprime:		
Gruppe I. Schlichte Komprime	3.80	4.40
Gruppe II. Pfefferminzkomprime (mindestens 1 kg Pfefferminz auf je 100 kg Zucker)	5.20	6.—
Gruppe III. Pfefferminzkomprime der Gruppe II in Nüssen	5.80	6.40
2. In den Räumen, in denen Süßigkeiten hergestellt oder seitgehalten werden, ist ein Abdruck der Verordnung vom 28. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt Nr. 174) sowie dieser Bekanntmachung anzuhängen. Weiter ist in den Verkaufsräumen oder -ständen ein Preisverzeichnis der Süßigkeiten so anzubringen, daß es beim Eintritt in den Verkaufsraum sofort sichtbar ist. Das Preisverzeichnis muß vor dem Aushang vom Gewerbeamt (Mathaus, Zimmer 160) abgestempelt sein. Der Abdruck und das Preisverzeichnis sind in gut leserlichem Zustande zu erhalten.		
3. In dem Raum, in dem die Süßigkeiten verkauft werden, dürfen nicht auch die anderen teneuren Süßigkeiten, die aus Zucker von anderen Befüllungsstellen hergestellt sind, abgegeben werden. Ausgenommen von dieser Vorschrift bleiben Marktressende, soweit sie Süßigkeiten aus Messe und Märkten selbst machen.		
4. Der Handel mit Süßigkeiten im Umlauf (außer auf Messen und Märkten) ist verboten.		
5. Mit dem Verkauf der aus Kommunalverbandszucker hergestellten Süßwaren darf stets erst begonnen werden, nachdem das Gewerbeamt die hergestellte Menge abgenommen hat. Zu diesem Zwecke ist das Gewerbeamt rechtzeitig zu benachrichtigen.		
6. Wer den Bestimmungen zuwiderrichtet, wird gemäß § 11 der Verordnung vom 28. Dezember 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Außerdem wird die Zuckerzuweisung gesperrt werden.		

Bekanntmachung.

Ein hier wegen Pferdebedienstahls in Haft befindlicher, etwa 28 Jahre alter Unbekannter, 1,72 m groß, von mittlerer Statur, mit kleinem, dunklem Schnurrbart, der sich Friedl Rosentanz nennt, Pferdehändler sein will und den Spitznamen „der Süße“ führt, macht aus naheliegenden Gründen falsche Angaben über seinen früheren Aufenthalt. Da es von größtem Interesse ist, seine Wohnung zu erfahren, so wird um lachterliche Mitteilung ersucht. Das Eichbild des angeblichen Rosentanz liegt zur Ansicht aus.

Am 1. März 1919 ist der Unbekannter im Besitz eines einjährigen Fohlen — Schwarzschnäbel — gewesen und hat dieses über Regau nach Zeitz geführt.

Ta das Fohlen ebenfalls gestohlen, so wird der Geschädigte ersucht, umgehend Nachricht anher zu geben.

Tägliches Landeskriminalpolizei.

Wächterstraße 5, Erdgesch., Zimmer 17.

Gemäß § 308 Ziffer 2 des Reichsstrafgesetzbuches wird den

Grundstücksbesitzern und Garteninhabern

in der Stadt Leipzig hiermit aufgegeben, in ihren Grundstücken und Gärten die Raupen- und Schmetterlingsäder aller Art sowie die Nestler der Raupen bis zum 1. April d. J. von den Bäumen, Sträuchern, Hecken usw. entfernen und vertilgen zu lassen; ebenso sind später die Raupen bei ihrem Auftreten zu vertilgen.

Die Nachbefolzung dieser Anordnung wird nach Absatz 1 des angezogenen Paragraphen mit Geldstrafe bis zu 80 M. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Es wird hierzu noch auf eine vom Landesobstbauverein für Sachsen herausgegebene Anleitung zur Bekämpfung der Obstbaumschädlinge verwiesen, zu denen namentlich die Raupen und die Brut der schädlichen Schmetterlinge, die Blattlaus, Schild- und Blattläuse und ganz besonders auch die Obstmaide und der Apfelschlüsselbär gehören. Die Anleitung kann in allen Kaufhäusern eingesehen und, soweit die Vorräte an Druckzetteln reichen, auch kostlos entnommen werden.

Leipzig, am 20. März 1919.

Der Rat der Stadt Leipzig.

W.-P.-A. 9.

Nährmittelzulagen für Schwangere usw.

(Änderung der Bekanntmachung über Nährmittelzulagen für Schwangere usw. vom 16. Mai 1918.)

Auf die Nährmittelzulagen der Sonderlebensmittelzulagen für Schwangere, Stillende usw. werden, beginnend mit Woche XII 7—8, solange es zu ermöglichen ist, stetig 200, mindestens 400 Gramm Nährmittel zugeteilt. Die Bekanntmachung über Nährmittelzulagen für Schwangere usw. vom 16. Mai 1918, findet entsprechende Anwendung.

Leipzig, am 20. März 1919.

Kr.-E.-A. 1.

Vermählte

Herr Georg Zimmermann

mit

Fräulein Emma Naumann

am 15. 3. 1919

Leipzig-Kleinzschocher

Schwarzestz, 20, III. m.

Brennspiritus.

Der Spiritus zum Preise von 1 M. das Liter wird für den Monat März 1919 verteilt:

1. an Personen, die ihn zur Kranken- und Säuglingspflege dringend gebrauchen,
2. an solche Minderbemittelte, deren Jahreseinkommen 1000 M. nicht übersteigt, und die den Spiritus zu Koch-, Heiz- und Leuchtzwecken benötigen und weder über Elektrizität noch Gas verfügen.

Wir weisen anstrenglich darauf hin, daß bei der beschränkten Mengen-Spiritus, der zur Verteilung vorhanden ist, auch von ihnen nur die allerdringendsten Fälle berücksichtigt werden können. In erster Linie aber sollen die Bezugsmarken den Kranken und Säuglingen dienen.

Die Anträge, Marken zum Bezug von Spiritus zu gewähren, sind von den Bedürftigen periodisch bei dem Vorsteher des Armenblatts zu stellen, in dem die nachsuchenden Personen wohnen. Außer dem Wohnungsmeldeschein, Familienkammische, etwaigen Unterstützungsabschreibungen und dem legten Steuerzettel sind noch ein Wohnnachweis des Arbeitgebers über den Verdienst in den letzten vier aufeinander folgenden Wochen bezw. des letzten Monats, bei Krankheit ein ärztliches Zeugnis, sowie eine vom Hausbesitzer erst jetzt ausgestellte Becheinigung darüber vorzulegen, daß die zur Verwendung von Kochgas oder elektrischem Strom erforderlichen Einrichtungen in der Wohnung des Geschäftstellers nicht oder nicht gebrauchsfähig vorhanden sind.

Die zu verliehenen Marken werden nicht durchweg in der Wohnung des Armenblattsvorsteher ausgeteilt; es sind vielmehr Zeit und Ort der Anmeldung und Ausgabe vom

Sonnabend, dem 22. März 1919, an in den Polizeiwachen zu erfragen. Mit der Ausgabe der Marken kann erst Montag, den 24. März 1919, begonnen werden. Der Spiritus wird in den bestimmten Verkaufsstellen abgegeben.

Leipzig, am 20. März 1919. Gew.-A. 1a.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Taucha.

Verteilung von 1 Pfund Honig für 80 Pf. auf den Kopf und Hals 20 der Warenausweistariere, sowie von Sonnabend ab Verteilung von 1/4 Pfund Butter für 75 Pf. 1/4 Pfund Käse für 12 Pf. und 1/4 Pfund Graupen für 11 Pf. auf den Kopf nach der Kundenliste und Hals der Warenausweistariere.

Der Rat der Stadt Taucha.

Familien-Nachrichten

Unsern herzlichsten Dank!

Nach dem Hinscheiden nach langer Krankheit unseres lieben Sohnes

Johannes Fritz Leupold

im 4. Lebensjahr, sagen wir unsern Verwandten und Bekannten innigsten Dank für den reichen Blumenschmuck. Dank Herrn Dr. Kodel für seine Vermöhung und besonders Herrn Pastor Loope für die trostreichen Worte am Grabe.

Ruhe sanft in Ewigkeit!

E. Kleinzschöcher, den 21. März 1919.

Die trauernde Familie

Johannes Leupold.

für die vielen Beweise ausdrücklicher Teilnahme und den herrlichen Blumenschmuck beim Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten, unvergesslichen Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante.

Frau Berta Rose geb. Köppé

sage ich allen meinen herzlichsten Dank.

L. Auger, den 20. März 1919.

Weihenbürg-Str. 22.

In tiefer Trauer

Hugo Rose u. Kinder, nebst allen Hinterbliebenen.

Dienstag, den 18. März, verschied im Krankenhaus St. Georg infolge Unglücksfalls mein herzensguter Mann, der treusorgende Vater seines einzigen Sohners, unter lieber Bruder und Schwiegerohn, der Kraftwagenführer

Leonhardt Otto Erhardt.

Die Beerdigung findet nach erfolgter Lebensehrührung in Leipzig S.A. statt. Gültig zugedachte Blumenspenden bitte bis spätestens Sonnabendmittag Spittastraße 25, II. 1. abzugeben.

In diesem Sch. ers.

Frau Gertrud Erhardt

nebst sämtlichen Hinterbliebenen.

Gestern verstarb im Krankenhaus St. Georg plötzlich infolge eines Unglücksfalls unser Kraftwagenführer

Herr Leonhard Ehrhardt.

Dienstag war seit 1911 in unserem Betriebe angestellt und hatte erst vor kurzer Zeit nach glücklich überstandenen Feldzug seine Tätigkeit wieder aufgenommen.

Wie bedauert ist das tragische Hinscheiden dieses zuverlässigen und treuen Mitarbeiter, dem wir ein treues Gedächtnis bewahren werden.

Leipzig-Plagwitz, den 19. März 1919.

Geschäftsleitung und Personal der Brauerei

C. B. Naumann Aktiengesellschaft.

Nach langem, mit großer Geduld ertraginem Leiden verschied am Sonntag, nachmittags 8 Uhr, mein lieber Mann, unter guter, treusorgender Vater, Schwieger-, Großvater und Onkel, der Kürschner

Hermann Hetzger

im 66. Lebensjahr.

Leipzig-Lindenau, den 20. März 1919.

Gelotiusstraße 38, part. rechts.

Im lieben Schwier-

Lauren Hetzger geb. Schmeiser

im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Sonntag, den 28. März,

5/12 Uhr, vom Trauerhaus aus statt.

Ein treues Vaterherz hat aufgehört zu schlagen.

Noch in großen Sorgen um das Schicksal unseres am 12. Oktober 1917 verstorbenen geliebten Sohnes Fritz trat und wieder ein harter Schlag.

Donnerstag abend versickte nach kurzem Krankenlager mein innigstgeliebter Mann, unter guter, treuverdorger Vater, Schwieger- und Großvater

Karl Wilhelm Rudolph

im 60. Lebensjahr.

Er folgte nach 2 Jahren unserem lieben, guten Hans in die Ewigkeit nach.

Leipzig-Gohlis, den 21. März 1919.

Neuherr Hallische Straße 32, III.

Im lieben Herzseit

Helene Rudolph geb. Franz

Martha Seydel reb. Rudolph

Mart n Rudolph

Erle Rudolph

Georg Seydel.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 28. März, vorm. 5/12 Uhr, auf dem Nordfriedhof statt.

Noch langem schwerem Leiden entstieß Mittwoch, früh, mein lieber Mann, unter guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Eisenbahn

Karl Hermann Goldhahn

im 68. Lebensjahr.

Er folgte seinem beiden im Kriege gefallenen Söhnen in die Ewigkeit nach.

Leipzig-Wollmarssdorf, den 19. März 1919